



Konjunkturbericht

Die wirtschaftliche Entwicklung
im Ausland und im Inland
zur Jahresmitte 2016

Jahrgang 67 (2016) Heft 3

Impressum

Herausgeber:

RWI Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
Hohenzollernstraße 1-3 | 45128 Essen, Germany
Fon: +49 201-81 49-0 | E-Mail: rwi@rwi-essen.de
www.rwi-essen.de

Vorstand

Prof. Dr. Christoph M. Schmidt (Präsident)
Prof. Dr. Thomas K. Bauer (Vizepräsident)
Prof. Dr. Wim Kösters

© RWI 2016

Der Nachdruck, auch auszugsweise, ist nur mit Genehmigung des RWI gestattet.

RWI Konjunkturberichte

Schriftleitung: Prof. Dr. Christoph M. Schmidt
Gestaltung: Daniela Schwindt

ISSN: 1861-6305 (online)

Mitglied der



Das RWI wird vom Bund und vom Land Nordrhein-Westfalen gefördert.

Konjunkturberichte

**Die wirtschaftliche Entwicklung
im Ausland und im Inland
zur Jahresmitte 2016**

Jahrgang 67 (2016)

Heft 3





Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland: Stabilisierung der Konjunktur auf niedrigem Niveau

Kurzfassung	5
Summary	7
1. Überblick	8
1.1 Aktuelle Lage	8
1.2 Ausblick	9
1.3 Risiken	10
2. Die Regionen im Einzelnen	11
3. Großbritannien nach der Brexit-Entscheidung	20
Literatur	24

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Expansion bleibt robust

Kurzfassung	25
Summary	27
1. Aufschwung setzt sich im ersten Halbjahr fort	29
2. Konjunktur bleibt aufwärts gerichtet	33
3. Divergierende Entwicklung bei Beschäftigung und Arbeitslosigkeit	40
4. Lohnanstieg weiter moderat - Preisauftrieb beschleunigt sich	43
5. Staat erzielt hohe Budgetüberschüsse	45
6. Unsicherheiten und Risiken	51
7. Zur Wirtschaftspolitik	53
Literatur	56
Anhang	57
Kasten Veränderung der Prognose gegenüber der vom Juni 2016	39

Inhalt

Torsten Schmidt, Boris Blagov, Roland Döhrn, Daniela Grozea-Helmenstein, Philipp Jäger, Martin Micheli, Svetlana Rujin

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland: Stabilisierung der Konjunktur auf niedrigem Niveau¹

Kurzfassung

Die Weltwirtschaft hat sich im Verlauf dieses Jahres stabilisiert. Im zweiten Quartal dürfte die weltwirtschaftliche Produktion sogar etwas rascher gestiegen sein als zu Jahresbeginn. Insbesondere in den Schwellenländern, so auch in China, in denen sich die Expansion im Winterhalbjahr verlangsamt hatte, hat sich die konjunkturelle Entwicklung stabilisiert. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften ist das Bild nach wie vor recht uneinheitlich. Während sich die Konjunktur in den USA im Verlauf des Jahres etwas belebt hat, nahm das BIP im Euro-Raum und in Japan deutlichen langsamer zu als im ersten Quartal.

Allerdings ist es in jüngster Zeit auch zu neuen Belastungen für die Weltkonjunktur gekommen. Vor allem hat die Entscheidung Großbritanniens, die Europäische Union zu verlassen, die Verunsicherung deutlich zunehmen lassen. Auch dies dürfte ein Grund dafür sein, dass es bislang nicht zu einer stärkeren Rückführung des expansiven Kurses der Geldpolitik gekommen ist. So hat die britische Notenbank in Reaktion auf den Brexit-Entscheid die Zinsen sogar gesenkt. Von der Finanzpolitik dürften in vielen Regionen inzwischen leicht stützende Effekte auf die Konjunktur ausgehen. Insbesondere, weil in Ländern wie China und auch Japan die schwache konjunkturelle Entwicklung stützende Maßnahmen notwendig erscheinen ließ.

Im Prognosezeitraum dürfte sich die internationale Konjunktur wieder etwas beleben, das Expansionstempo gleichwohl moderat bleiben. Angesichts weitgehend ausgelasteter Kapazitäten in den USA, in Japan aber auch in Deutschland dürften die Löhne dort etwas stärker steigen, weshalb der privaten Konsum dort wohl weiterhin kräftig expandieren wird. Die Investitionsgüternachfrage dürfte angesichts der steigenden Kapazitätsauslastung und der Alterung des Kapitalstocks allmählich etwas zunehmen. Das Expansionstempo des Welthandels dürfte angesichts des vom privaten Konsum getragenen Aufschwungs schwach bleiben. Die zu erwartende leichte Belebung der Investitionsnachfrage dürfte dem internationalen Warenaustausch nur geringe zusätzliche Impulse geben.

¹ Abgeschlossen am 6.9.2016. Daniela Grozea-Helmenstein ist Mitarbeiterin des Instituts für höhere Studien (IHS) in Wien. Wir danken Alexander Malec für die Mitarbeit.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

Tabelle 1

Eckwerte zur internationalen Konjunktur

2016 bis 2018; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2016 ^P	2017 ^P	2018 ^P
Bruttoinlandsprodukt¹			
Euro-Raum	1,6	1,4	1,6
Großbritannien	1,7	0,9	1,6
USA	1,5	2,1	2,2
Japan	0,5	1,1	1,0
Fortgeschrittene Volkswirtschaften insgesamt	1,5	1,7	1,9
Verbraucherpreise			
Euro-Raum	0,3	0,7	1,2
Großbritannien	0,8	1,8	2,3
USA	1,2	1,9	2,2
Japan	0,0	0,5	0,7
Fortgeschrittene Volkswirtschaften insgesamt	0,5	1,5	1,7
Weltwirtschaftliche Produktion²			
In Kaufkraftparitäten	2,7	3,0	3,1
in Markt-Wechselkursen	2,2	2,5	2,6
Welthandel³	0,9	4,8	3,7
Rohölpreis (Brent, \$/b)⁴	43,0	46,5	47,5
Dollarkurs (\$/€)⁴	1,12	1,12	1,12

Eigene Berechnungen nach Angaben der OECD, des IMF, von Eurostat und nationalen Statistikämtern. - ^PPrognose. - ¹Real. - ²Gewichteter Durchschnitt der für diesen Bericht prognostizierten Länder. - ³Güter, in Preisen und Wechselkursen von 2014. - ⁴Jahresdurchschnitte.

Das Risiko einer stärkeren weltwirtschaftlichen konjunkturellen Verlangsamung, das zu Beginn des Jahres sehr hoch eingeschätzt wurde, hat sich in den vergangenen Monaten durch die dargestellte konjunkturelle Stabilisierung in vielen Ländern deutlich verringert. Vollständig verschwunden ist dieses Risiko aber nicht, vor allem auch, weil sich mit dem britischen Votum für ein Verlassen der EU, sowie der politischen Lage in der Türkei und weiteren Terroranschlägen neue Risiken für die Weltwirtschaft hinzugekommen sind.

Summary

The state of the global economy has stabilized in the first half of 2016. Most likely, the global economy has even slightly gained pace in the second quarter compared to the beginning of the year. Economic conditions have significantly improved in emerging economies, including China, where growth had slowed down in the second half of 2015.

RWI Konjunkturbericht 67 (3)

International Forecast

2016 to 2018; changes over the previous year, %

	2016 ^f	2017 ^f	2018 ^f
Gross Domestic Product¹			
Euro area	1.6	1.4	1.6
United Kingdom	1.7	0.9	1.6
USA	1.5	2.1	2.2
Japan	0.5	1.1	1.0
Advanced Economies	1.5	1.7	1.9
Consumer Prices			
Euro area	0.3	0.7	1.2
United Kingdom	0.8	1.8	2.3
USA	1.2	1.9	2.2
Japan	0.0	0.5	0.7
Advanced Economies	0.5	1.5	1.7
World Output²			
based on Purchasing Power Parities	2.7	3.0	3.1
based on market exchange rates	2.2	2.5	2.6
World trade³	0.9	4.8	3.7
Oil price (Brent, \$/b)⁴	43.0	46.5	47.5
Exchange rate (\$/€)⁴	1.12	1.12	1.12

RWI calculations based on OECD, IMF, Eurostat and national data. - ¹Forecast. - ²In constant prices. - ³Weighted average of the countries forecasted in this report - ⁴Goods, in prices and exchange rates of 2014. - ⁴ Annual averages.

The picture remains mixed for advanced economies. While the US economy has gained momentum in the second quarter, growth has decelerated in Japan and the Euro area compared to the first quarter.

The decision of the United Kingdom to leave the EU, will put a strain on the global economy and increases economic uncertainty. However, the resulting distortions, may have also kept monetary policy loose. Following the Brexit-referendum, for instance, the Bank of England has reduced interest rates. In many regions, fiscal policy is slightly expansive by now, driven by expansionary fiscal policies in China and Japan, initiated to fight sluggish economic growth.

We expect global economic growth to gain slight momentum during the forecast horizon. Given that capacities are almost fully utilized in the US, Japan but also in Germany, wages will increase faster in these regions, further boosting private consumption. The demand for capital goods is expected to pick up slightly based on increasing capacity utilization and an aging capital stock. Since the global expansion is driven by private

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

consumption, global trade is expected to remain relatively weak. Hence, according to our forecast the expected increase in the demand for capital goods will not generate strong stimuli for the global exchange of goods.

The risk of a major economic slowdown, which was estimated to be relatively high at the beginning of this year, has reduced substantially. Prospects have improved in a range of countries as indicated above. However, new risk factors, threatening global economic growth, including the Brexit decision in the United Kingdom, the political situation in Turkey as well as new terror attacks have emerged.

1. Überblick

1.1. Aktuelle Lage

Die Weltwirtschaft hat sich im Verlauf dieses Jahres stabilisiert. Im zweiten Quartal dürfte sich die Expansion der weltwirtschaftlichen Produktion gegenüber dem Jahresbeginn sogar leicht erhöht haben. Darauf deuten die Erzeugung in der Industrie und der Containerumschlag hin, die sich zuletzt etwas günstiger entwickelt haben als in den Monaten davor. Insbesondere in den Schwellenländern, so auch in China, in denen sich die Expansion im Winterhalbjahr verlangsamt hatte, hat sich die Entwicklung stabilisiert. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften ist das Bild nach wie vor recht uneinheitlich. Während sich die Konjunktur in den USA im Verlauf des Jahres etwas belebt hat, kam es im Euro-Raum und in Japan zu einer deutlichen Verlangsamung des Expansionstempos gegenüber dem ersten Quartal.

Den Anstieg der Rohölnotierungen der letzten Monate, wenngleich er sich negativ auf die Kaufkraft in den Öl importierenden Ländern auswirkt, kann man als positives Zeichen für die weltweite Konjunktur werten. Auch die Preise für Metalle und für Kohle haben nicht zuletzt aufgrund der gestiegenen Nachfrage aus China wieder zugenommen. Dies dürfte rohstoffproduzierenden Ländern wie Russland und Brasilien helfen, die auch unter den gefallen Rohstoffpreisen stark gelitten hatten. Bereits jetzt zeichnet sich eine Milderung der Rezession in diesen Ländern ab.

Allerdings ist es in jüngster Zeit auch zu neuen Belastungen für die Weltkonjunktur gekommen. Vor allem hat die Entscheidung Großbritanniens, die Europäische Union zu verlassen, die Verunsicherung deutlich zunehmen lassen. In die gleiche Richtung wirken die politischen Entwicklungen in der Türkei und die Häufung terroristischer Anschläge, die insbesondere in der EU eine Atmosphäre der Verunsicherung schaffen und dadurch konjunkturelle Effekte haben dürften.

1. Überblick

Nicht zuletzt die erneut gestiegene Unsicherheit dürfte ein Grund dafür sein, dass es bislang nicht zu einer stärkeren Rückführung des expansiven Kurses der Geldpolitik gekommen ist. So hat die britische Notenbank in Reaktion auf den Brexit-Entscheid die Zinsen sogar gesenkt. Allerdings hat sich der konjunkturell bedingte Preisauftrieb in den vergangenen Monaten nicht in dem von den Notenbanken erhofften Maße verstärkt. Die wieder anziehenden Rohstoffpreise dürften aber allmählich stärker auf die Verbraucherpreise durchwirken.

Von der Finanzpolitik dürften in vielen Regionen inzwischen leicht stützende Effekte auf die Konjunktur ausgehen. Zum einen, weil in Ländern wie China und auch Japan die schwache konjunkturelle Entwicklung stützende Maßnahmen notwendig erscheinen ließ. Zum anderen sind in einigen Ländern die Defizite inzwischen deutlich gesunken oder die öffentlichen Haushalte weisen sogar wie in Deutschland Überschüsse auf, weshalb die Ausgaben wieder etwas stärker erhöht werden können.

1.2. Ausblick

Im Prognosezeitraum dürfte sich die internationale Konjunktur wieder etwas beleben, das Expansionstempo gleichwohl moderat bleiben. Angesichts weitgehend ausgelasteter Kapazitäten in den USA, in Japan aber auch in Deutschland dürften die Löhne dort etwas stärker steigen, weshalb der private Konsum dort wohl weiterhin kräftig expandieren wird. Stabilitätsrisiken sind dabei bislang allerdings nicht zu erkennen; Anzeichen für eine Lohn-Preis-Spirale gibt es derzeit nicht.

In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften dürfte die Investitionsgüternachfrage angesichts der steigenden Kapazitätsauslastung und der Alterung des Kapitalstocks allmählich etwas zunehmen. Dazu dürfte auch beitragen, dass die Finanzierungsbedingungen nach wie vor extrem günstig sind, sich im Prognosezeitraum in einer Reihe von Ländern aber etwas verschlechtern dürften. Dies wird wohl die Unternehmen veranlassen, Investitionen nicht weiter aufzuschieben. Dämpfend auf die Investitionstätigkeit wirkt aber, dass die Exportchancen in den Schwellenländern durch die sich dort vielerorts vollziehenden strukturellen Anpassungsprozesse gedämpft werden. Diese dürften dort zudem die wirtschaftliche Entwicklung im gesamten Prognosezeitraum belasten. Auch wenn Brasilien und Russland die Rezession überwinden werden, dürfte das Expansionstempo in der Ländergruppe insgesamt verhalten bleiben.

Gleichzeitig dürften die Preise im Prognosezeitraum wieder etwas stärker steigen. Dazu tragen zunächst die gestiegenen Preise von Rohöl und anderer Rohstoffe bei. Allmählich dürften sich aber auch die zunehmende Kapazitätsauslastung und die steigende Löhne bemerkbar machen.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

Tabelle 2

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften

2016 bis 2018

	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise ¹			Arbeitslosenquote ²		
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in								
	in %			in %			in %		
	2016 ^p	2017 ^p	2018 ^p	2016 ^p	2017 ^p	2018 ^p	2016 ^p	2017 ^p	2018 ^p
Euro-Raum³	1,6	1,4	1,6	0,2	1,3	1,4	10,1	9,3	8,3
Großbritannien	1,7	0,9	1,6	0,8	1,8	2,3	5,2	5,5	5,6
Schweden	3,0	2,5	2,9	1,0	0,6	0,6	7,0	7,4	7,5
Dänemark	0,5	0,6	0,8	0,1	0,2	0,2	6,0	6,1	6,2
EU-22	1,6	1,3	1,7	0,3	1,3	1,5	9,2	8,6	7,8
Neue EU-Länder ⁴	2,9	3,1	3,1	-0,5	1,3	1,7	6,8	6,6	6,6
EU	1,7	1,5	1,8	0,2	1,3	1,5	8,7	8,3	7,6
Schweiz	1,0	1,4	1,3	-0,5	0,0	0,5	3,2	3,1	3,1
Norwegen	1,3	1,6	1,7	4,4	4,5	4,5	4,7	4,5	4,5
Europa⁵	1,7	1,5	1,7	0,3	1,3	1,6	8,6	8,1	7,5
USA	1,5	2,1	2,2	1,2	1,9	2,2	4,9	4,7	4,6
Japan	0,5	1,1	1,0	0,0	0,5	0,7	3,2	3,0	2,9
Kanada	1,5	2,1	2,1	1,5	1,8	2,0	7,1	7,0	7,0
Insgesamt⁵	1,5	1,7	1,9	0,7	1,5	1,7	6,6	6,1	5,8

Eigene Berechnungen nach Angaben von Eurostat und nationalen Quellen. – ¹Westeuropa (außer Schweiz) harmonisierte Verbraucherpreisindizes. – ²Standardisiert. – ³Für Details siehe Tabelle 7. ⁴Für Details vgl. Tabelle 8. – ⁵Mit dem Bruttoinlandsprodukt bzw. der Zahl der Erwerbspersonen von 2014 gewogener Durchschnitt der aufgeführten Länder. – ^pEigene Prognose.

Das Expansionstempo des Welthandels dürfte angesichts des vom privaten Konsum getragenen Aufschwungs schwach bleiben. Die zu erwartende leichte Belebung der Investitionsnachfrage dürfte dem internationalen Warenaustausch nur geringe zusätzliche Impulse geben. Aufgrund des schwachen ersten Quartals erwarten wir für den Jahresdurchschnitt basierend auf den Daten des IWF einen Zuwachs des Welthandels von 0,9%. Die sich für das Sommerhalbjahr abzeichnende Stabilisierung des Welthandels führt dazu, dass das für die beiden folgenden Jahre wieder mit einer stärkeren Ausweitung des Welthandels zu rechnen ist. Für 2017 erwarten wir im Jahresdurchschnitt eine Zuwachsrate von 4,8% und für 2018 eine Rate von 3,7%.

1.3. Risiken

Das Risiko einer stärkeren weltwirtschaftlichen konjunkturellen Verlangsamung, das zu Beginn dieses Jahres sehr hoch eingeschätzt wurde, hat sich in den vergangenen Monaten durch die dargestellte konjunkturelle Stabilisierung in vielen Ländern

1. Überblick

deutlich verringert. Vollständig verschwunden ist dieses Risiko aber nicht, vor allem auch, weil sich mit dem britischen Votum für ein Verlassen der EU, sowie der politischen Lage in der Türkei und weiteren Terroranschlägen neue Risiken für die Weltwirtschaft hinzugekommen sind.

Das Risiko einer Verlangsamung der Weltkonjunktur ist auch deswegen nicht gebannt, weil ein nicht unbeachtlicher Teil der jüngsten Stabilisierung auf staatliche Stützungsmaßnahmen zurückzuführen ist. Ob diese Maßnahmen mehr als ein Strohfeder sind, ist derzeit noch offen. Dies gilt insbesondere für China. Die dort angestrebte und allem Anschein nach voranschreitende Konsolidierung im Verarbeitenden Gewerbe könnte auf andere Wirtschaftsbereiche ausstrahlen und zu einem deutlich stärkeren Abkühlen der Konjunktur führen.

Ein nach wie vor beträchtliches Risiko für die Weltkonjunktur geht derzeit von der Europäischen Union aus. Vor allem die Entscheidung der britischen Bevölkerung, die EU zu verlassen, hat zu einer massiven Verunsicherung geführt. Es besteht die Gefahr, dass sich der Austrittsprozess lange hinzieht und die Verunsicherung sich während der gesamten Zeit immer wieder verstärkt, was über eine lange Phase zu einer Investitionszurückhaltung in Großbritannien und in der übrigen Europäischen Union führen kann und zu einer Verlagerung von Finanzkapital in Sichere Häfen. Hinzu kommt, dass die Reformprozesse in Griechenland und anderen Ländern noch nicht abgeschlossen sind, so dass auch von diesen Ländern Störungen für die Weltkonjunktur ausgehen können.

Allerdings besteht auch eine gewisse Wahrscheinlichkeit, dass die Stabilisierung der Weltwirtschaft am aktuellen Rand in eine stärkere konjunkturelle Expansion mündet als sich dies derzeit abzeichnet. Die in vielen Ländern bereits lange währende Zurückhaltung bei den Investitionen hat zu einer Veraltung des Kapitalstocks geführt, die sich nicht beliebig fortführen lässt. Sehen Investoren Licht am Ende des Tunnels, könnten vermehrt notwendige Ersatzinvestitionen getätigt werden, die die Nachfrage stärker steigen lassen als in dieser Prognose unterstellt. Insbesondere wenn sich ein Anstieg der Zinsen deutlicher abzeichnet, könnte vermehrt investiert werden, um sich das derzeit nichtige Zinsniveau zu sichern.

2. Die Regionen im Einzelnen

In den **USA** hat sich die konjunkturelle Dynamik im zweiten Quartal gegenüber dem ersten kaum verändert. Zwar wurde der private Konsum, nicht zuletzt aufgrund der sich weiter verbessernden Beschäftigung, deutlich stärker ausgeweitet. Allerdings waren alle anderen Komponenten der Binnennachfrage rückläufig. Insbesondere der

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

Abbau der Läger trug zu einem deutlichen Rückgang der Investitionen bei. Immerhin gab eine moderate Ausweitung der Exportnachfrage einen leichten positiven Impuls.

Die rückläufigen Investitionen dürften im Zusammenhang mit der Schwäche des Verarbeitenden Gewerbe stehen. So war die Industrieproduktion seit Ende 2014 bis zu Beginn dieses Jahres in der Tendenz rückläufig. Ein derart ausgeprägter Rückgang war bisher in der Regel nur während Rezessionen zu beobachten. Die Gründe waren eine schwache internationale Nachfrage, die Aufwertung des Dollar und der Rückgang des Ölpreises. Allerdings deutet sich eine Stabilisierung der Investitionstätigkeit an; so wurde die Industrieproduktion zuletzt wieder ausgeweitet und die gestiegenen Ölpreise dürften Investitionen im Erdölsektor anregen.

Da anders als die Industrie der Dienstleistungssektor nach wie vor recht dynamisch expandiert, ist für die zweite Jahreshälfte 2016 mit einer höheren konjunkturellen Dynamik zu rechnen. Damit ist zu erwarten, dass die Nachfrage nach Arbeitskräften hoch bleibt und im Verlauf des Prognosezeitraums sogar noch zunimmt. Dies dürfte über steigende Realeinkommen den privaten Konsum weiterhin stützen. Die damit einhergehende Zunahme der Kapazitätsauslastung dürfte die Investitionsnachfrage stärken.

Bei der deutlich verbesserten Situation auf dem Arbeitsmarkt hat sich inzwischen der Lohnauftrieb merklich beschleunigt. Dies dürfte die Inflation im Prognosezeitraum steigen lassen. Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass die Fed ihre abwartende Haltung allmählich aufgibt und im kommenden Jahr beginnen wird, die Zinsen anzuheben. Dagegen dürfte die Finanzpolitik angesichts zunehmender Spielräume in den öffentlichen Haushalten die Ausgaben wieder erhöhen.

Alles in allem ist zu erwarten, dass sich der Aufschwung in moderatem Tempo fortsetzt. Getragen wird er von der Binnennachfrage, während vom internationalen Umfeld im Prognosezeitraum keine deutlichen Impulse zu erwarten sind. Das BIP dürfte in diesem Jahr um 1,4% gegenüber dem Vorjahr ausgeweitet werden. Für 2017 und 2018 zeichnen sich mit jeweils 2,1% Raten in der Nähe des Potenzialwachstums ab. Dem entsprechend dürfte sich die Inflation leicht erhöhen. Mit Raten von 1,2% in diesem Jahr und 1,8% bzw. 2,0% in den beiden kommenden Jahren dürfte sie aber in der Nähe des von der Fed angestrebten Wertes bleiben.

In **Japan** stagnierte die gesamtwirtschaftliche Produktion im zweiten Quartal 2016, nachdem sie zu Beginn des Jahres recht kräftig ausgeweitet worden war. Belastend wirkte vor allem ein deutlicher Rückgang der Exporte aufgrund der Aufwertung des Yen. Dieser wertete zwischen Dezember 2015 und Juli 2016 real effektiv um gut 15% auf. Dagegen wurde die Binnennachfrage in moderatem Tempo ausgeweitet. Zwar

2. Die Regionen im Einzelnen

schwächte sich die Expansion des privaten Konsums etwas ab, zugleich sind die Investitionen aber etwas kräftiger gestiegen.

Trotz des recht schwachen Produktionsanstiegs ist nach einer Schätzung der Bank von Japan die gesamtwirtschaftliche Produktionslücke fast geschlossen, da das Produktionspotenzial – vor allem demografiebedingt – nur noch mit Raten von 0,2% steigt. Entsprechend ist die Beschäftigung hoch und die Arbeitslosenquote mit 3,1% sehr niedrig. Angesichts dieser günstigen Lage am Arbeitsmarkt dürften die Löhne etwas rascher steigen. Da zudem die Rohölpreise angezogen haben, dürfte sich der Inflationsdruck in den kommenden Monaten etwas erhöhen.

Die japanische Notenbank wird aber wohl noch einige Zeit auf ihrem extrem expansiven Kurs bleiben. Da die realwirtschaftliche Entwicklung nach wie vor recht labil ist, ist sogar zu erwarten, dass sie den geldpolitischen Kurs nochmals lockert, um der Aufwertung des Yen und der durch sie implizierten Schwäche des Außenhandels entgegenzuwirken. Eine geldpolitische Straffung ist für den Prognosezeitraum jedenfalls nicht zu erwarten. Auch die Finanzpolitik dürfte weiterhin alles vermeiden, um die Erholung der japanischen Wirtschaft zu belasten. So wurde die Mehrwertsteuererhöhung, die für den April 2017 vorgesehen war, auf Oktober 2019 verschoben.

Für den Prognosezeitraum zeichnet sich eine Fortsetzung der Erholung der japanischen Wirtschaft ab, die aber extrem anfällig für Störungen bleibt. Da keine durchgreifende Belebung des internationalen Umfeldes zu erwarten ist und die japanische Wirtschaft durch die reale Aufwertung des Yen an internationaler Wettbewerbsfähigkeit verloren hat, sind vom Außenhandel keine positiven Impulse zu erwarten. Angesichts der hohen Kapazitätsauslastung und der geringen Arbeitslosigkeit dürften zwar die pro-Kopf Einkommen etwas stärker steigen als in der Vergangenheit. Bei sinkender Bevölkerung ist dies allerdings mit keiner deutlichen Ausweitung des privaten Konsums verbunden. Dies zusammen führt dazu, dass auch die Investitionen schwach bleiben dürften. Insgesamt erwarten wir für dieses Jahr eine Ausweitung des BIP um 0,5%. Im kommenden Jahr ist mit einer Expansion um 1,0% und in 2018 um 0,8% zu rechnen. Die Preise dürften dabei etwas anziehen.

In **China** wurde die Produktion im zweiten Quartal wieder deutlich rascher ausgeweitet, nachdem sich das Expansionstempo zu Jahresbeginn merklich verlangsamt hatte. Die Beschleunigung dürfte allerdings wesentlich auf eine vorübergehende Ausweitung der öffentlichen Ausgaben zurückzuführen sein. Zudem hat die chinesische Notenbank die Zinsen im Verlauf dieses Jahres fünfmal gesenkt. Gleichwohl zeichnet sich für das dritte Quartal eine erneute Verlangsamung des Expansionstempos ab. So ist der *Purchasing Managers' Index* (PMI) für das verarbeitende Gewerbe im Juli mit 49,9 erstmals in diesem Jahr wieder unter die Wachstumsschwelle von 50

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

Tabelle 3

Reales BIP in ausgewählten Schwellen- und Transformationsländern

2013 bis 2018; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2013	2014	2015	2016 ^P	2017 ^P	2018 ^P
Ostasien¹	3,9	3,9	3,2	3,3	3,6	3,7
Hongkong	3,1	2,7	2,4	1,8	2,2	3,0
Indonesien	5,6	5,0	4,8	5,1	5,5	5,5
Korea	2,9	3,4	2,6	2,9	2,8	3,0
Malaysia	4,7	6,0	5,0	4,3	4,6	4,5
Philippinen	7,1	6,2	5,8	6,1	6,1	6,0
Singapur	4,7	3,3	2,0	1,8	2,4	3,0
Taiwan	2,2	3,9	0,7	0,9	1,9	2,0
Thailand	2,7	0,8	2,8	3,0	3,3	3,0
Indien	6,7	7,3	7,3	7,4	7,2	7,2
China	7,8	7,3	6,9	6,6	6,2	5,5
Lateinamerika¹	2,5	0,5	-1,0	-1,1	1,6	2,5
Argentinien	2,2	-2,5	1,2	-0,4	2,5	3,0
Brasilien	3,0	0,1	-3,8	-3,5	0,6	2,0
Chile	4,0	1,9	2,1	2,0	2,1	3,0
Mexiko	1,4	2,2	2,5	2,5	2,8	3,0
Russland	1,2	0,7	-3,7	-0,7	1,2	1,8
Aufgeführte Länder²	4,9	4,5	3,2	3,6	4,1	4,0

Eigene Berechnungen nach nationalen Angaben. - ¹Summe der aufgeführten Länder, gewichtet mit dem BIP 2014, in \$. - ²Gewichtet mit den Anteilen am deutschen Export 2014. - ^PEigene Prognose.

gerutscht. Für die übrigen Sektoren deutet der PMI aber auf eine robuste Expansion hin. Dies spricht dafür, dass sich der Wandel der chinesischen Wirtschaft zu einem stärker binnenwirtschaftlich getragenen Wachstumsmodell fortsetzt. Eine deutliche Konjunkturabschwächung ist allerdings nicht zu erwarten. Die wirtschaftspolitischen Akteure verfügen nach wie vor über genügend Spielraum, um einer sich zu starken Abschwächung entgegenzuwirken, wenn dieser auch langsam geringer wird. Insgesamt gehen wir davon aus, dass sich die Expansion des BIP in diesem Jahr auf 6,3% verlangsamt. Für das Jahr 2017 erwarten wir eine Zunahme um 6,0% und für 2018 um 5,8%.

In **Indien** wächst die Wirtschaft weiterhin kräftig. Eine gute Ernte wird den Preisauftrieb insbesondere bei Nahrungsmitteln verringern und den privaten Konsum stärken, wenn auch der gestiegene Ölpreis leicht dämpfend wirkt. Anregend auf die Konjunktur dürften weiterhin die öffentlichen Investitionen wirken. Zuletzt haben sich

2. Die Regionen im Einzelnen

auch die Exporte wieder etwas günstiger entwickelt. Angesichts der Breite des Aufschwungs stehen die Chancen gut, dass das Expansionstempo hoch bleibt. Wir erwarten, dass das BIP in diesem Jahr um 7,4%, in den beiden kommenden Jahren um jeweils 7,2% ausgeweitet wird.

In **Lateinamerika** blieb die Konjunktur schwach, allerdings ist mit einer allmählichen Stabilisierung zu rechnen. Vor allem steigen aufgrund der inzwischen wieder gestiegenen Rohstoffpreise die Exporterlöse der Länder. Auch dass die Zinsen in den USA langsamer angehoben werden als zunächst von der Notenbank angedeutet, stützt die Wirtschaft in der Region, da in geringerem Maße Kapital abfließt. So hat sich der Produktionsrückgang in Brasilien inzwischen verlangsamt, und die Aktienkurse sind im ersten Halbjahr wieder deutlich gestiegen, was für ein Ende der Rezession spricht. Allerdings bleiben erhebliche politische Risiken. Jedoch dürfte die Verbesserung des internationalen Umfelds die Wirtschaft Lateinamerikas zum Ende dieses Jahres stimulieren, so dass für den Prognosezeitraum mit einer Ausweitung der Produktion in der Region zu rechnen ist.

Im **Euro-Raum** expandierte das BIP im zweiten Quartal lediglich mit einer Rate von 0,3% nach 0,5% im ersten Quartal. Dazu hat die Stagnation in Frankreich, Italien und Österreich sowie die verlangsamte Expansion in Deutschland beigetragen. Kräftig blieb hingegen die Expansion in Spanien. Hier nahm das BIP in den beiden ersten Quartalen dieses Jahres um 0,7 bzw. 0,8%-Punkte zu. Ausgeweitet wurden sowohl der private Konsum als auch die Investitionen. Auch profitierte der Tourismus von der Unsicherheit in anderen Ferienregionen. Dies trug dazu bei, dass die Zahl der Erwerbslosen im Juli um etwa 9% unter dem Vorjahreswert lag.

Die Inflationsrate blieb im Euro-Raum nahe Null. Ursache waren vorwiegend die gesunkenen Energie- und Rohstoffpreise. Die Kernrate ging leicht zurück von 1,0% im ersten auf 0,8% im zweiten Quartal. Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich weiter verbessert. Die Arbeitslosenquote lag mit 10,1% im Juli um 0,7%-Punkte unter dem Vorjahreswert.

Die Geldpolitik blieb auf Expansionskurs. Die Leitzinsen befinden sich seit März 2016 auf historisch niedrigem Niveau. Zudem wurde im April 2016 das Volumen der Anleihekäufe im Rahmen des *Asset Purchase Programme* (APP) auf etwa 80 Mrd. Euro aufgestockt. Seit Juni erwirbt das Eurosystem im Rahmen des APP auch Unternehmensanleihen. Die monetären Indikatoren deuten auf ein die Konjunktur stützendes Umfeld hin. So stieg die Geldmenge weiter deutlich, das breite Geldmengenaggregat (M3) legte im Juli um 4,8% gegenüber dem Vorjahresmonat zu. Allerdings hat sich die Dynamik in den vergangenen Monaten deutlich abgeschwächt. Das um Verkäufe und Verbriefungen bereinigte Volumen der Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

Tabelle 4

Gesamtstaatliche Budgetsalden im Euro-Raum: Gesamtbilanz und Primärbilanz
2015 bis 2017; in % des nominalen BIP

	2015		2016		2017	
	Gesamt	Primär	Gesamt	Primär	Gesamt	Primär
Deutschland	0,7	2,3	0,6	2,0	0,6	1,9
Frankreich	-3,5	-1,5	-3,5	-1,5	-3,6	-1,6
Italien	-2,6	1,6	-2,5	1,5	-2,2	1,7
Spanien	-5,1	-2,0	-3,8	-0,9	-3,1	-0,3
Niederlande	-1,8	-0,6	-1,7	-0,5	-1,4	-0,3
Belgien	-2,6	0,3	-2,7	0,0	-2,4	0,2
Österreich	-1,2	1,2	-1,5	0,8	-1,5	0,9
Griechenland	-7,2	-3,4	-3,0	0,9	-2,5	1,3
Finnland	-2,7	-1,5	-2,2	-1,0	-1,6	-0,5
Portugal	-4,4	0,2	-2,9	1,6	-2,7	1,7
Irland	-2,3	0,8	-2,6	0,4	-3,1	-0,4
Slowakei	-3,0	-1,2	-2,3	-0,8	-1,4	0,1
Luxemburg	1,2	1,6	1,1	1,5	0,2	0,6
Litauen	-0,2	1,3	-1,1	0,4	-0,5	1,0
Slowenien	-2,9	0,0	-2,3	0,6	-2,3	0,4
Lettland	-1,3	0,1	-1,5	-0,4	-1,9	-0,9
Zypern	-1,0	1,8	0,1	2,6	0,5	3,0
Estland	0,4	0,5	-0,1	0,0	-0,3	-0,2
Malta	-1,5	1,1	-0,8	1,6	-0,3	2,1
Euro-Raum	-2,1	0,3	-1,8	0,5	-1,7	0,5

Eigene Prognosen nach Angaben von Eurostat und AMECO. Zur Berechnung vgl. Schmidt et al (2016): 27.

stieg leicht, um 1,7% im Juni. Mit gleicher Rate stieg das Volumen der Kredite an private Haushalte, wobei die Dynamik bei den Wohnungsbaukrediten zuletzt stärker war. Zu dem leichten Anstieg der Kreditvolumina dürfte eine Lockerung der Kreditstandards beigetragen haben. So gaben die Banken im Rahmen des vergangenen BLS mehrheitlich an, sowohl die Konditionen für Haushalte als auch für Unternehmen gelockert zu haben. Für den Prognosezeitraum erwarten wir, dass die EZB ihre unkonventionellen Maßnahmen wie angekündigt durchführen wird. Vor dem Hintergrund immer noch schwacher Inflationserwartungen, weiterhin deutlich unterausgelasteter Kapazitäten und einer sich nur zögerlich belebenden Kreditvergabe dürften die maßgeblichen Leitzinsen im Prognosezeitraum auf ihrem historisch niedrigen Niveau belassen werden.

2. Die Regionen im Einzelnen

Tabelle 5
Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in den
Ländern des Euro-Raums
 2016 bis 2018

	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote ¹		
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
	2016 ^a	2017 ^a	2018 ^a	2016 ^a	2017 ^a	2018 ^a	2016 ^a	2017 ^a	2018 ^a
Deutschland	1,9	1,4	2,0	0,4	1,5	1,7	4,2	3,7	3,1
Frankreich	1,2	1,2	1,2	0,3	1,2	1,4	10,0	10,1	10,2
Italien	0,9	1,1	1,2	0,0	1,3	1,3	11,7	12,0	12,1
Spanien	3,0	2,1	2,1	-0,3	1,0	1,3	19,7	16,6	12,6
Niederlande	1,7	1,5	1,7	0,0	1,4	1,5	6,1	5,4	4,6
Belgien	1,5	1,2	1,3	1,7	1,4	1,2	8,4	8,5	8,5
Österreich	1,4	1,5	1,5	0,8	1,3	1,0	6,1	6,0	5,9
Griechenland	-0,1	0,8	1,1	-0,3	0,0	1,0	23,2	20,6	16,8
Finnland	1,4	1,2	1,5	0,3	1,2	1,0	9,1	9,2	9,3
Portugal	0,9	1,4	1,5	0,5	1,1	1,0	11,3	10,1	9,3
Irland	2,0	1,4	1,5	-0,1	1,0	1,2	7,8	6,3	4,9
Slowakei	3,6	3,6	3,8	-0,7	0,3	1,5	9,6	7,2	3,9
Luxemburg	3,5	3,9	3,9	-0,3	0,0	0,3	6,2	6,3	6,3
Litauen	2,4	2,5	2,6	0,3	0,6	1,3	7,8	6,3	5,1
Slowenien	1,9	1,6	2,2	-0,4	0,1	0,7	8,0	7,3	6,6
Lettland	1,1	1,7	2,2	-0,2	1,2	2,2	9,9	10,0	10,0
Zypern	2,8	2,3	2,2	-1,3	0,0	1,1	11,5	8,0	6,0
Estland	2,0	2,0	2,0	0,4	0,3	1,0	6,6	6,6	6,6
Malta	4,4	4,5	4,5	0,9	1,0	1,3	4,0	3,5	3,0
Euro-Raum	1,6	1,4	1,6	0,2	1,3	1,4	10,1	9,3	8,3

Eigene Berechnungen nach Angaben von Eurostat und nationalen Quellen. – ¹Standardisiert. –
²Mit dem Bruttoinlandsprodukt bzw. der Zahl der Erwerbspersonen von 2012 gewogener Durchschnitt der aufgeführten Länder. – ^aEigene Prognose.

Die Finanzpolitik dürfte im Prognosezeitraum mehr oder weniger neutral ausgerichtet sein. Mit der konjunkturellen Erholung verbesserten sich die Einnahmen der öffentlichen Hand. Zugleich wurde der Konsolidierungsdruck seitens der EU Kommission vermindert, weil für Spanien und Portugal die Fristen für die Reduktion des Defizits verlängert wurden und über der Maastricht-Grenze liegende Fehlbeträge in Frankreich toleriert werden. Damit wird die Lösung der Haushaltsprobleme zwar in die Zukunft verschoben, in konjunktureller Hinsicht erhöht dies aber den finanzpolitischen Spielraum. Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass das aggregierte Budgetdefizit im Euro-Raum in diesem Jahr 2,0% in Relation zum BIP beträgt. Im kommenden Jahr dürften die Defizitquoten in 13 Ländern weiter sinken. In Spanien und Frankreich dürften sie nahe der im Stabilitäts- und Wachstumspaket vereinbarten Defizitgrenze liegen (Tabelle 4).

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

Tabelle 6

Eckwerte der Konjunktur im Euro-Raum

2014 bis 2018; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2014	2015	2016 ^P	2017 ^P	2018 ^P
Privater Konsum	0,8	1,7	1,7	1,6	1,6
Öffentlicher Konsum	0,8	1,3	1,7	1,0	1,0
Bruttoanlageinvestitionen	1,3	2,7	2,1	1,9	2,3
Vorratsveränderungen ¹	0,0	-0,1	-0,2	-0,3	0,0
Inlandsnachfrage	0,9	1,7	1,6	1,2	1,7
Export	4,1	5,1	2,5	3,5	3,3
Import	4,5	5,9	2,6	3,5	3,6
Außenbeitrag ¹	0,0	-0,1	0,1	0,2	0,1
Bruttoinlandsprodukt	0,9	1,5	1,6	1,4	1,6
Verbraucherpreise	0,4	0,0	0,2	1,3	1,4
Arbeitslosenquote ²	11,6	10,9	10,1	9,3	8,3

Eigene Berechnungen nach Angaben von Eurostat. - ^PEigene Prognose. - ¹Wachstumsbeitrag in %-Punkten. - ²Harmonisiert nach ILO, in % der Erwerbspersonen.

Ungeachtet der per Saldo eher stimulierenden Wirtschaftspolitik sind die konjunkturellen Aussichten gedämpft. Belastend wirkt die Unsicherheit nach dem Referendum über den EU-Austritt Großbritanniens und die schwache Ausweitung des internationalen Handels, insbesondere die geringe Nachfrage aus den Schwellenländern, die die Exporte dämpfen.

Für die kurze Frist deuten die Indikatoren darauf hin, dass sich die Expansion in der zweiten Jahreshälfte mit ähnlichen Raten wie im zweiten Quartal fortsetzt. Die Stimmungskennzeichen sind nach dem Referendum in Großbritannien leicht zurückgegangen, liegen jedoch immer noch über dem langfristigen Durchschnitt. So lag der Economic Sentiment Index (ESI) im Juli bei 104,2 und der PMI befindet sich mit zuletzt 51,8 Punkten über der Wachstumsschwelle. Dagegen hat sich das Konsumentenvertrauen im Licht der Wahlergebnisse in Großbritannien Ende Juni deutlich verschlechtert. Dennoch wird die Konjunktur im Prognosezeitraum wohl von einer Reihe Faktoren profitieren. Die sinkende Arbeitslosenquote sowie die niedrigen Energiepreise werden das real verfügbare Einkommen und somit den Konsum stärken.

Im Durchschnitt dieses Jahres dürfte das BIP daher um 1,6% expandieren; 0,3-Prozentpunkte stärker als im Frühjahr prognostiziert. Für das kommende Jahr und das Jahr 2018 erwarten wir, dass das BIP um 1,4%, bzw. um 1,6% zunimmt.

2. Die Regionen im Einzelnen

Tabelle 7

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosigkeit in neuen Mitgliedsländern der EU

2016 bis 2018

	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote ¹		
	2016 ^P	2017 ^P	2018 ^P	2016 ^P	2017 ^P	2018 ^P	2016 ^P	2017 ^P	2018 ^P
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
Polen	3,0	3,3	3,3	-0,5	1,2	1,6	6,8	6,6	6,6
Tschechien	2,5	2,7	2,7	0,3	1,3	1,7	4,4	4,2	4,2
Rumänien	4,5	3,7	3,7	-1,5	1,5	2,0	6,6	6,4	6,5
Ungarn	1,7	2,5	2,8	0,3	1,7	1,9	6,0	5,8	5,6
Kroatien	2,0	2,0	2,2	-0,7	1,0	1,2	14,8	14,5	14,0
Bulgarien	2,8	2,8	3,0	-1,3	0,2	1,0	8,1	7,7	7,5
Insgesamt²	2,9	3,1	3,1	-0,5	1,3	1,7	6,8	6,6	6,6

Eigene Berechnungen nach nationalen Veröffentlichungen und Angaben internationaler Institutionen. -¹Standardisiert. -²Summe der aufgeführten Länder; BIP und Verbraucherpreise gewichtet mit dem BIP von 2014; Arbeitslosenquote mit der Zahl der Erwerbspersonen 2014. -^PEigene Prognose.

Die Dynamik der Verbraucherpreise dürfte sich in diesem Jahr kaum erhöhen. Der derzeitige niedrige Stand der Energie- und Rohstoffpreise würde unter den hier getroffenen Annahmen noch bis in das Jahr 2017 hinein wirken, danach dürfte der HVPI aber beschleunigt zunehmen. Für den Jahresdurchschnitt 2017 erwarten wir eine Inflationsrate von 1,3 nach 0,2% in diesem Jahr, für 2018 gehen wir von einer Teuerungsrate von 1,4% aus. Dabei ist zu erwarten, dass sich die Lage am Arbeitsmarkt im Euro-Raum weiter verbessert. So dürfte die Arbeitslosenquote 2017 unter 10% sinken.

In den **mittel- und südosteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten** blieb die Konjunktur in der ersten Hälfte des laufenden Jahres robust aufwärts gerichtet. Treibende Kraft war in erster Linie der private Konsum infolge einer steigenden Beschäftigung und wachsender Realeinkommen. Die Investitionen legten nach der starken Dynamik im Vorjahr hingegen nur abgeschwächt zu. Der Außenhandel lieferte in Polen, Ungarn und Rumänien wegen rasch steigender Importe von Konsum- und Investitionsgütern einen negativen Wachstumsbeitrag, während er in Tschechien und Bulgarien die Expansion stützte. Am stärksten stieg das BIP in Rumänien, wo der Zuwachs 5,0% betrug. In Ungarn und Polen schwächte sich das Expansionstempo leicht ab. Ausschlaggebend hierfür war die verlangsamte Absorption von EU-Fördermitteln am Anfang der neuen Förderperiode.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

Im Prognosezeitraum werden die stärksten Konjunkturimpulse in den mittel- und südosteuropäischen Ländern von der Binnennachfrage erwartet. Profitieren dürfte die Wirtschaft dieser Länder dabei von den weiterhin niedrigen Rohstoffpreisen, der anhaltend expansiven Geldpolitik und der noch geringen Inflation, was die Kaufkraft der privaten Haushalte stärkt. Mit der guten Konjunktur wird die Arbeitslosigkeit weiter sinken. Das Auslaufen des Energiepreiseffekts und die steigende Kapazitätsauslastung dürften die Inflation im Prognosezeitraum allmählich wieder anziehen lassen. Nach einer schwachen Zunahme im Jahr 2016 dürften von öffentlichen Investitionen, die von der EU kofinanziert werden, wieder Konjunkturimpulse ausgehen. Die schwache Nachfrage von außerhalb der EU bremst vorerst das Exportwachstum, das sich aber mit dem Anziehen des Welthandels im Prognosezeitraum erholen dürfte. Alles in allem ist eine durchschnittliche Zunahme des BIP in den mittel- und südosteuropäischen Ländern um 2,9 % in diesem und um jeweils 3,1 % in den nächsten zwei Jahren zu erwarten (Tabelle 7).

3. Großbritannien nach der Brexit-Entscheidung

In Großbritannien war die Konjunktur bis zur Brexit-Entscheidung am 23. Juni dieses Jahres robust. Die gesamtwirtschaftliche Produktion wurde im zweiten Quartal um 0,6% und damit etwas rascher als im ersten ausgeweitet. Wesentliche Impulse kamen vom Verarbeitenden Gewerbe. Im Bausektor hingegen war die Produktion rückläufig. Von der Nachfrageseite gesehen, blieb die Expansion im ersten Halbjahr 2016 von den Konsumausgaben der privaten Haushalte getragen, die von einer sich weiter verbessernden Arbeitsmarktlage gestützt wurden: Die Erwerbsquote erreichte mit 74,5% ein neues Rekordniveau und die Arbeitslosenquote sank auf zuletzt 4,9%. Am aktuellen Rand leisteten auch die Bruttoanlageinvestitionen einen bemerkenswerten Beitrag zur BIP-Expansion. Doch dies war vor allem auf die Ausweitung der Investitionsausgaben des Staates zurückzuführen, während die Unternehmensinvestitionen nur moderat gestiegen sind. Dagegen gingen vom Außenhandel aufgrund der zuletzt stärker gestiegenen Importe dämpfende Impulse aus.

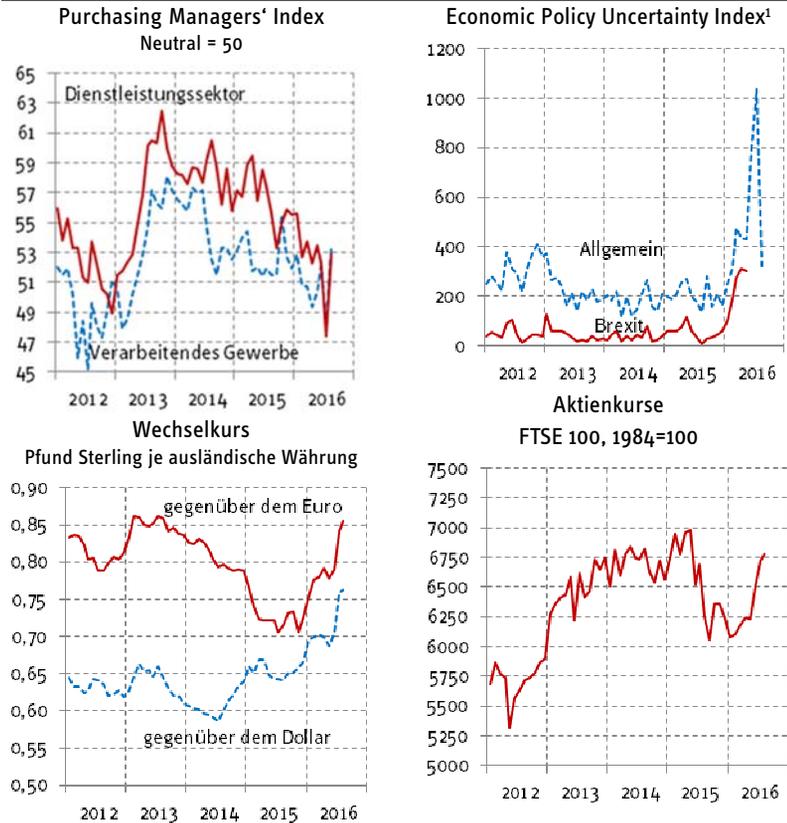
Die Entscheidung der britischen Wähler für einen EU-Austritt hat sich zunächst in erster Linie auf die Stimmung in der Wirtschaft ausgewirkt. Im Juli brach der PMI sowohl im Verarbeitenden Gewerbe als auch im Dienstleistungssektor ein und fiel unter die Wachstumsschwelle von 50 Punkten (Schaubild 1).² Eine ähnliche Reaktion

² Dabei verzeichnete der Markt/CIPS UK Services Business Activity Index im Juli dieses Jahres den stärksten Rückgang im Vormonatvergleich seit Beginn der Umfrage im Juli 1996. Auch vor dem Hintergrund der infolge der Brexit-Entscheidung gestiegenen Unsicherheit haben die Geschäftserwartungen den niedrigsten Stand seit Februar 2009 erreicht.

2. Die Regionen im Einzelnen

Schaubild 1

Indikatoren der Konjunktur in Großbritannien
2012 bis 2016



Eigene Berechnungen nach Angaben des UK Office for National Statistics, Feri und Baker, S. R., N. Bloom und S. J. Davis. – ¹Der EPU Index für Großbritannien stützt sich auf eine Auswertung von Pressemeldungen aus The Times of London und Financial Times. Gezählt wird die Häufigkeit, mit der Unsicherheit zum Ausdruck bringende Begriffe wie „unsicher“ oder „Unsicherheit“ in Verbindung mit „wirtschaftlich“ oder „Wirtschaft“ sowie mit politisch relevanten Begriffen wie „Politik“, „Steuern“, „Ausgaben“, „Regulierung“, „Zentralbank“, „Budget“ und „Defizit“ vorkommen. Der Brexit-gewichtete Index resultiert aus der Multiplikation des EPU Index mit dem Anteil der Pressemeldungen, in denen die Begriffe wie „Brexit“, „EU“ oder „Europäische Union“ vorkommen.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

zeigte der *Economic Sentiment* Indikator, während der *Economic Policy Uncertainty (EPU) Index* ein Allzeithoch erreichte. Dies scheint jedoch nur eine kurzfristige Reaktion gewesen zu sein. Bereits im August machten die Stimmungsindikatoren einen Teil des Einbruchs vom Vormonat wieder wett. Der *EPU* Index verschlechterte sich nicht weiter, obwohl er nach wie vor weit über dem Niveau des zweiten Quartals liegt. Die Aktienmärkte, die nach dem Brexit-Votum eingebrochen waren, haben sich jedoch seitdem wieder erholt.

Nach einer ersten Aufregung gibt es somit wenig Veranlassung zu befürchten, dass es aufgrund des Brexit-Votums bereits kurzfristig zu einer deutlichen Verlangsamung der wirtschaftlichen Expansion in Großbritannien kommen wird. Dies gilt umso mehr als die Industrie zunächst von der starken Abwertung des Pfund profitiert, die die Brexit-Entscheidung ausgelöst hatte.³ So haben nach der jüngsten CBI-Umfrage (CBI 2016a) die Exportaufträge den höchsten Stand seit zwei Jahren erreicht, und die exportorientierten Unternehmen haben ihre Produktion merklich ausgeweitet. Auch dürfte die aufgrund der starken Pfund-Abwertung erheblich verteuerten Importgüterpreise die Substitution von importierten durch lokalen Produkten begünstigen. Dies spiegelt sich bereits darin wider, dass sich die Auftragslage insgesamt gesehen weiterhin überdurchschnittlich gut entwickelt. Deutlich eingetrübt hat sich hingegen gemäß der CBI-Umfrage (CBI 2016b) die Stimmung im Dienstleistungssektor, was eine Verlangsamung des Beschäftigungsaufbaus und eine Investitionszurückhaltung in diesem Bereich nach sich ziehen dürfte.

Um mit dem EU-Referendum verbundene Risiken für die Konjunktur zu verringern, hat die Bank von England im August 2016 ihren expansiven Kurs mit einer Reihe von Maßnahmen deutlich erhöht. So wurde der Leitzins erstmals seit 2009 gesenkt, und zwar um 25 Basispunkte auf ein neues Rekordtief von 0,25%. Darüber hinaus soll das neue *Term Funding Scheme* die Transmission der Zinssenkung in die Realwirtschaft durch die Bereitstellung der niedrigverzinslichen finanziellen Mittel für Banken sichern. Um einem voraussichtlichen Anstieg der langfristigen Finanzierungskosten entgegenzuwirken, wurde außerdem eine Erweiterung des *Asset Purchase Programme* um 60 Mrd. £ auf aktuell 435 Mrd. £ angekündigt. Schließlich wurde der direkte Kauf von Firmenanleihen mit einem Volumen von maximal 10 Mrd. £ beschlossen. Vor diesem Hintergrund und angesichts des importierten Inflationsdrucks – die Teuerungsrate lag im Juli mit 0,6% um 0,3%-Punkte über dem Mai-Wert – wird sich die Inflation ihrem Zielwert von 2% beschleunigt annähern und diesen voraussichtlich 2018 erreichen. Auch die Finanzpolitik dürfte vor dem Hintergrund des EU-

³ In dem Zeitraum nach dem Referendum am 23. Juni hat sich das Pfund um rund 9% abgewertet.

3. Großbritannien nach der Brexit-Entscheidung

Austritts ihren restriktiven Kurs etwas lockern und im Einklang mit der geldpolitischen Ausrichtung die Wirtschaftsaktivität zusätzlich stimulieren.

Trotz kurzfristig nicht so schlechter Aussichten und des akkommodierenden wirtschaftspolitischen Kurses dürfte der beschlossene EU-Austritt die Konjunktur im Prognosezeitraum merklich dämpfen.⁴ Darin dürften sich nicht so sehr die Folgen eines möglicherweise verschlechterten Zugangs zum EU-Markt zeigen: Der Austrittsantrag wurde noch nicht gestellt, und danach wird es Verhandlungen über das Vertragsverhältnis Großbritannien zur EU geben, die sich einige Zeit hinziehen dürften. Entscheidend dürfte vielmehr die Verunsicherung über die künftigen Chancen von in Großbritannien ansässigen Unternehmen auf dem EU-Markt sein. Diese Unsicherheit spiegelt sich bereits in der zuletzt merklich gestiegenen Streuung der vorliegenden BIP-Prognosen, die um zwei Standardabweichungen über dem 25-jährigen Durchschnitt liegt, wider (BoE August 2016). So schwanken die August-Prognosen des BIP-Wachstums 2017 zwischen -1,3% und 2,7% (HM Treasury, August 2016).

Diese Unsicherheit dürfte in erster Linie zu einer Zurückhaltung bei den Investitionen führen. So dürften multinationale Unternehmen ihre Standortentscheidung überdenken und vorerst nicht mehr in Großbritannien investieren, sondern möglicherweise sogar ihr Engagement dort verringern. Der Finanzplatz London war für viele asiatische und amerikanische Banken das Sprungbrett in den EU-Markt. Da die in London ansässigen Tochtergesellschaften ihren „EU-Pass“ und damit den ungehinderten Zugang zum EU-Finanzmarkt zu verlieren drohen, könnte dies zu einer Verlagerung des Sitzes von London in andere EU-Länder führen.

Der so zu erwartende Rückgang der Investitionen und eine mögliche Standortverlagerung im Finanzsektor lassen die Arbeitskräftenachfrage zurückgehen, was sich in einem verlangsamten Einkommensanstieg niederschlägt und so die Ausweitung der Konsumausgaben dämpft. Da zugleich aufgrund der Pfund-Abwertung die Einfuhr- und damit die Verbraucherpreise beschleunigt anziehen, wird die Kaufkraft der privaten Haushalte zusätzlich geschmälert. Ungünstigere Beschäftigungs- und Einkommensperspektiven der privaten Haushalte dämpfen darüber hinaus die Nachfrage nach Wohnraum und dementsprechend auch die Immobilienpreise.

⁴ So zeigt die jüngste Unternehmensbefragung der Bank von England (BoE August 2016), dass sich der EU-Austritt Großbritanniens in den nächsten 12 Monaten insgesamt negativ auf die Umsätze, Investitionen und Beschäftigung in den befragten Firmen auswirken dürfte. Des Weiteren ist davon auszugehen, dass der Umsatzrückgang wohl überwiegend die Unternehmensdienstleister und den Bausektor betrifft, während das Verarbeitende Gewerbe von den infolge der massiven Pfund-Abwertung steigenden Exporten profitieren dürfte.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland

Alles in allem wird sich die Expansion des BIP von voraussichtlich 1,7% in diesem Jahr auf 0,9% im Jahr 2017 merklich verlangsamen; für das Jahr 2018 wird hier unterstellt, dass sich die Unsicherheit über das künftige Verhältnis Großbritanniens zur EU allmählich legt, weil sich nach und nach Klarheit über den Austrittsfahrplan einstellt. Die BIP-Expansion dürfte demnach 1,6% betragen. Allerdings ist diese Prognose mit hoher Unsicherheit behaftet.

Zudem dürfte die sich abzeichnende Konjunkturschwäche zusammen mit der damit einhergehenden Erhöhung der sozialen Transferleistungen negativ auf die öffentlichen Finanzen auswirken und zur Ausweitung der Defizitquote führen, die im Fiskaljahr 2015-16 bei 4,0% lag. Der für das Fiskaljahr 2019-20 projizierte Haushaltsüberschuss wird daher wohl nicht erreicht werden, während der Schuldenstand (nach Maastricht-Definition) der öffentlichen Hand im Prognosezeitraum von aktuell 87,7% des BIP weiter steigen dürfte.

Literatur

BoE – Bank of England (2016), Inflation Report, August 2016.

CBI – Confederation of British Industry (2016a), Industrial Trends Survey, August 2016.

CBI – Confederation of British Industry (2016b), CBI quarterly Service Sector Survey, August 2016.

HM Treasury (2016), Forecasts for the UK economy: August 2016, https://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/546720/2016_08_forecomp_august_2016.pdf.

Schmidt, T., R. Döhrn, D. Grozea-Helmenstein, p. an de Meulen, M. Micheli, S. Rujin und L. Zwick (2016), Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland: Keine durchgreifende Besserung. RWI Konjunkturbericht 67(1): 5-36.

Roland Döhrn, György Barabas, Angela Fuest, Heinz Gebhardt,
Philipp Jäger, Martin Micheli und Svetlana Rujin

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Expansion bleibt robust¹

Kurzfassung

Die deutsche Konjunktur blieb im ersten Halbjahr aufwärts gerichtet. Die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) entsprach aufs Jahr hochgerechnet in etwa dem Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzials. Allerdings wechselten im zweiten Quartal die Triebkräfte der Konjunktur von der inländischen Verwendung zum Außenbeitrag. Letzterer verbesserte sich aber aufgrund rückläufiger Einfuhren, während die Ausfuhren etwas langsamer expandierten. Getragen wird die Expansion wesentlich vom Dienstleistungssektor, in dem auch der überwiegende Teil der neu geschaffenen Arbeitsplätze entstand.

Im Prognosezeitraum dürfte das BIP weiterhin mit Raten expandieren, die in etwa dem Wachstum des Produktionspotenzials entsprechen. Dabei verliert der private Konsum voraussichtlich an Schwung, weil die Realeinkommenseffekte des gesunkenen Rohölpreises auslaufen. Angesichts der weiter zunehmenden Beschäftigung bleibt er aber aufwärts gerichtet. Die Wohnungsbauiinvestitionen nehmen dagegen bei weiterhin niedrigen Hypothekenzinsen und geringer Rendite alternativer Kapitalanlagen wohl deutlich zu. Auslastungsbedingt steigende Baukosten dürften allerdings dämpfend wirken. Auch die Ausrüstungsinvestitionen werden wohl beschleunigt zunehmen, wenn auch mit im Vergleich zu früheren Aufschwüngen geringen Raten. Die Ausfuhren beleben sich mit stärkerer Ausweitung des Welthandels zwar voraussichtlich leicht, jedoch dürften vom Außenbeitrag keine positiven Impulse ausgehen. Alles in allem erwarten wir eine Zunahme des BIP um 1,9% in diesem Jahr und um 1,4% und 1,6% in den beiden kommenden Jahren. Dass die Rate im kommenden Jahr deutlich unter der im laufenden liegt, ist in erster Linie auf die geringere Zahl von Arbeitstagen zurückzuführen.

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich im ersten Halbjahr 2016 weiter verbessert. Für den Prognosezeitraum sind allerdings divergierende Entwicklungen bei Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit zu erwarten. Obwohl der Beschäftigung voraussichtlich weiter, wenn auch mit etwas geringerem Tempo ausgeweitet wird, ist eine steigende Arbeitslosigkeit

¹ Abgeschlossen am 7.9.2016. Wir danken Boris Blagov und Alexander Malec für die Mitarbeit.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Tabelle 1
Eckwerte der Prognose
2015 bis 2018

	2015	2016 ^p	2017 ^p	2018 ^p
Bruttoinlandsprodukt ¹ , Veränd. in %	1,7	1,9	1,4	1,6
Erwerbstätige ² , in 1000	43 057	43 584	44 000	44 355
Arbeitslose ³ , in 1000	2 795	2 693	2 720	2 820
Arbeitslosenquote ^{3,4} , in %	6,4	6,1	6,1	6,3
Verbraucherpreise, Veränderung in %	0,2	0,4	1,6	1,7
Lohnstückkosten ⁵ , Veränderung in %	1,6	1,4	1,8	1,8
Finanzierungssaldo des Staates ⁶				
in Mrd. €	22,6	20	19	24
in % des BIP	0,7	0,6	0,6	0,7
Leistungsbilanzsaldo ⁷				
in Mrd. €	256,1	287	284	284
in % des BIP	8,4	9,2	8,8	8,5

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. - ¹Preisbereinigt. - ²Im Inland. - ³Nationale Abgrenzung. - ⁴Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. - ⁵Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. - ⁶In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. - ⁷In der Abgrenzung der Leistungsbilanzstatistik. - ^pEigene Prognose.

zu erwarten. Ursache ist, dass Asylsuchende und Flüchtlinge in zunehmendem Maße Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten, die Integration in Beschäftigungsverhältnisse aber aufgrund qualifikatorischer und sprachlicher Defizite schwer fällt. Die Arbeitslosenquote dürfte vor diesem Hintergrund von 6,1% in diesem Jahr auf 6,3% im Jahr 2018 steigen.

Die Teuerung wird immer noch von den gesunkenen Weltmarktpreisen für Energie bestimmt. Die Verbraucherpreise stiegen zuletzt nur um 0,4%, während die Kerninflation bei 1,2% lag. Im Prognosezeitraum dürfte zum einen der Effekt der gesunkenen Energiepreise auslaufen. Zum anderen werden die gestiegenen Lohnstückkosten voraussichtlich vermehrt an die Verbraucher weitergegeben. Wir prognostizieren einen Anstieg der Lebenshaltungskosten um 1,6% im Jahr 2017 und um 1,7% im Jahr 2018 nach lediglich 0,4% im Durchschnitt des laufenden Jahres.

Der Staatshaushalt dürfte bei der hier prognostizierten konjunkturellen Entwicklung weiterhin hohe Überschüsse aufweisen. Zum einen steigen die Staatseinnahmen weiter deutlich, da die Struktur des Aufschwungs steuerergiebig bleibt. Zum anderen dürften die Zinsausgaben aufgrund der niedrigen, zum Teil negativen Verzinsung von Staatspapieren weiter zurückgehen. Zudem erwarten wir, dass die Finanzpolitik im Jahr 2018 nicht mehr expansiv ausgerichtet sein wird. Der Überschuss der öffentlichen Haushalte

wird wohl 20 Mrd. € in diesem Jahr und 19 Mrd. € bzw. 24 Mrd. € in den beiden kommenden Jahren betragen.

Die deutsche Wirtschaft wächst zwar voraussichtlich weiterhin mit relativ gleichmäßigen Raten. Allerdings ist dies auch dem Zusammenwirken mehrerer expansiv wirkender Faktoren zu verdanken: Dem gesunkenen Rohölpreis, den niedrigen Zinsen und einer Abwertung des Euro. Eine Simulation mit dem RWI-Konjunkturmodell legt nahe, dass jeweils rund 0,5%-Punkte der Ausweitung des BIP im vergangenen und in diesem Jahr auf diese expansiven Faktoren zurückzuführen ist. Dies verdeutlicht, dass das zugrundeliegende Wachstum in Deutschland keineswegs besonders hoch ist. Die Wirtschaftspolitik sollte daher mehr tun um das Wachstum langfristig zu fördern.

Summary

The German economy continued to expand in the first six months of 2016. The current annualized growth in gross domestic product (GDP) is roughly in line with the growth rate of potential output. However, the underlying economic drivers shifted from domestic to foreign demand in the second quarter of the year. The recent improvement in net trade, though, is primarily the result of lower imports, while the exports expanded at a somewhat slower pace. Overall, economic growth was driven by the service sector, which accounted for the majority of new jobs created in the first half of the current year.

Over the forecast period, GDP is projected to grow at roughly the same pace as potential output. At the same time, household consumption growth is expected to lose momentum due to the gradual phasing out of positive real income effects stemming from the sharp decline in prices of crude oil. However, given the further increase in employment, consumer spending will remain on an upward trend. Moreover, supported by the stance of credit conditions and low returns on alternative investments, residential construction is likely to grow particularly strong in the coming years. Higher construction costs resulting from a greater degree of capacity utilization should, however, dampen somewhat investment in new buildings. Investments in equipment are also expected to expand, although at a more moderate pace than in previous economic upturns. Supported by a projected strengthening in world trade, German exports are also likely to pick up gradually. Nonetheless, net trade is unlikely to make a positive contribution to overall economic growth. In sum, we forecast GDP growth of 1.9% this year. German economy is projected to grow by a further 1.4% in 2017 and 1.6% in 2018. The slower GDP growth in 2017 compared with 2016 results mainly from the reduced number of working days.

German labor market continued to improve in the first six months of the current year. Over the forecast period, however, employment and unemployment figures are likely to diverge. Thus, while employment levels will continue to improve throughout the forecast

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

period, although at a slower pace, unemployment is likely to increase. The reason for this is that asylum seekers and refugees are increasingly given access to the labor market, whereas their sustained integration into a job might be hampered by qualification discrepancies and insufficient language skills. Against this background, the unemployment is projected to increase from 6.1% this year to 6.3% in 2018.

Subdued domestic inflationary pressure is still determined by persistently low world prices for energy. Thus, CPI inflation grew most recently by only 0.4%, while core inflation reached 1.2%. Over the forecast horizon, inflation is expected to rise gradually. On the one hand, the dampening effect of low energy prices is likely to dissipate in the near term. On the other hand, the rise in unit labor costs is expected to be passed on to consumers. The resulting outlook for inflation this year is therefore of only 0.4%. In the coming years inflation rate is expected to increase by 1.6% and 1.7%, respectively.

Given the positive economic and earnings outlook, general government will continue to record large budgetary surpluses. While government revenues are expected to increase since the upswing is tax efficient, interest payments are projected to decrease as a result of very low or even negative interest rates on the bond markets. Moreover, the fiscal policy stance is likely to be tightened somewhat in the coming years.

Key Forecast Data

2015 to 2018

	2015	2016 ^f	2017 ^f	2018 ^f
Gross Domestic Product ¹ , change in percent	1.7	1.9	1.4	1.6
Employed persons ² , in 1000	43 057	43 584	44 000	44 355
Unemployed ³ , in 1000	2 795	2 693	2 720	2 820
Unemployment rate ^{3,4} , in percent	6.4	6.1	6.1	6.3
Consumer prices, change in percent	0.2	0.4	1.6	1.7
Labor unit costs ⁵ , change in percent	1.6	1.4	1.8	1.8
Fiscal balance ⁶				
in EUR bn	22.6	20.0	19	24
in percent of GDP	0.7	0.6	0.6	0.7
Current account balance ⁷				
in EUR bn	256.1	287	284	284
in percent of GDP	8.4	9.2	8.8	8.5

RWI calculations based on data provided by the German Statistical Office, Deutsche Bundesbank, and the Federal Labor Office. - ¹In real terms. - ²Domestic. - ³National definition. - ⁴In % of civilian labor force. - ⁵Compensation per employee divided by real GDP per employed person. - ⁶National Accounts definition. - ⁷Balance of payments (BOP) definition. - ^fForecast.

1. Aufschwung setzt sich im ersten Halbjahr fort

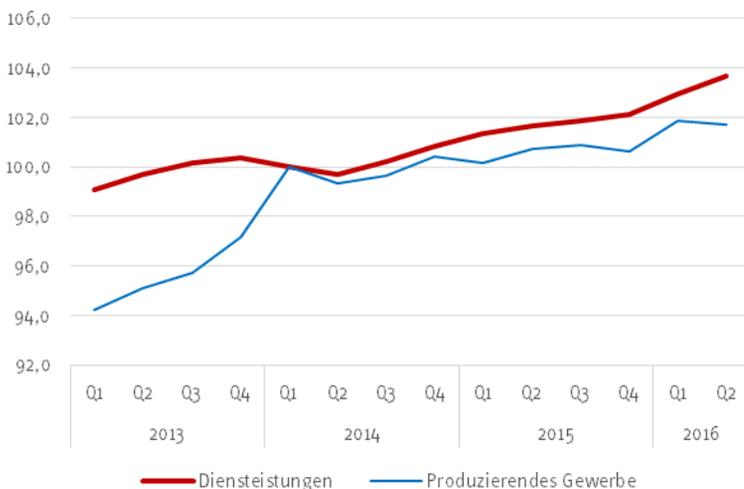
Die deutsche Konjunktur blieb im ersten Halbjahr aufwärts gerichtet. Zwar fiel der Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts im zweiten Quartal etwas geringer aus als im ersten, jedoch entspricht die Zunahme aufs Jahr hochgerechnet in etwa dem Wachstum des Produktionspotenzials (Barabas et al. 2016). Allerdings wechselten die Triebkräfte der Konjunktur. Die inländische Verwendung war leicht rückläufig, während von der Außenwirtschaft erneut ein positiver Beitrag zur Expansion des BIP ausging, der sogar etwas größer ausfiel als im ersten Quartal. Dass die Inlandsnachfrage zurückging, ist zum Teil auf Sonderfaktoren zurückzuführen. Das Minus bei den Bauinvestitionen ist wohl eine technische Gegenreaktion darauf, dass es im ersten Quartal aufgrund des milden Winters kaum zu witterungsbedingten Produktionsausfällen kam. Hinzu kommt, dass der Staatskonsum nicht mehr so kräftig ausgeweitet wurde, weil mit der geringer werdenden Zahl neu ankommender Flüchtlinge die Ausgaben für Betreuung und Unterkunft von Asylbewerbern in geringerem Maße zunahm. Die privaten Konsumausgaben nahmen wohl auch deshalb mit einer etwas geringeren Rate zu als im ersten Quartal zu, weil die Energiepreise im Jahresverlauf wieder anzogen.

Gegeben, dass das BIP nun bereits seit geraumer Zeit kontinuierlich expandiert und die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten voll ausgelastet sind, überrascht die weiterhin schwache Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen. Das recht kräftige Minus im zweiten Quartal dürfte zwar auch eine technische Gegenreaktion auf das starke Plus im ersten sein. Fasst man bei den privaten Ausrüstungsinvestitionen das erste und das zweite Quartal zusammen, so ergibt sich allerdings mit einem Zuwachs von gerade einmal 1,2% gegenüber dem zweiten Halbjahr 2015 eine für einen Aufschwung nicht gerade hohe Rate. Die Hoffnung auf einen von den Ausrüstungsinvestitionen getragenen Aufschwung scheint sich damit ein weiteres Mal nicht zu erfüllen (Döhrn 2016). Zu dieser Einschätzung passt auch, dass der höhere Beitrag des Außenbeitrags zur gesamtwirtschaftlichen Expansion nicht auf eine beschleunigte Ausweitung der Ausfuhren zurückzuführen ist, wenngleich sich diese in einem schwierigen weltwirtschaftlichen Umfeld bemerkenswert robust entwickelten. Vielmehr stieg der Außenbeitrag aufgrund rückläufiger Einfuhren, was im Einklang mit einer schwächelnden Inlandsnachfrage, insbesondere der Ausrüstungsinvestitionen steht.

Die deutsche Konjunktur wird weiterhin wesentlich vom Dienstleistungssektor bestimmt, dessen Wertschöpfung seit der Jahreswende 2013/14 rascher expandiert als die im Produzierenden Gewerbe (Schaubild 1). Noch ausgeprägter zeigt sich die Verschiebung zum tertiären Sektor bei der Beschäftigung, weil dort zudem das Produktivitätsniveau geringer ist (Schaubild 2). Daran dürfte sich in den kommenden

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Schaubild 1
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹
2013 bis 2016; 1. Quartal 2014 = 100



Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – :Saison- und arbeitstäglich bereinigt.

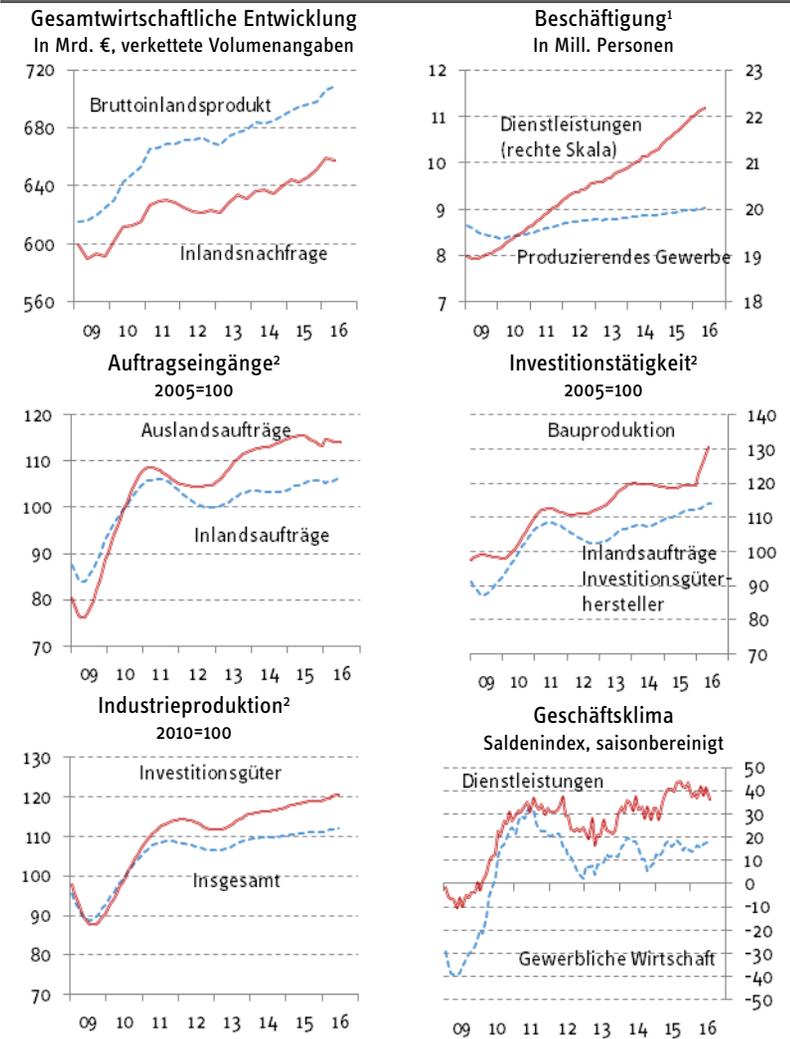
Monaten wenig ändern, denn zum einen ist das Geschäftsklima in den Dienstleistungsunternehmen spürbar besser als in der Gewerblichen Wirtschaft. Zum anderen zeigt der Auftragseingang in der Industrie wenig Dynamik: Die Inlandsauftrage stagnieren mehr oder weniger, die Auslandsauftrage gehen seit etwa einem Jahr in der Tendenz sogar zurück.

Kräftig zunehmen dürfte hingegen ungeachtet des witterungsbedingten Rückschlags im zweiten Quartal weiterhin die Bauproduktion. Treibende Kraft bleibt hier wohl der Wohnungsbau; hier ist der Auftragseingang binnen der vergangen beiden Jahre um rund 25% gestiegen. Darin spiegelt sich das Zusammenkommen mehrerer günstiger Faktoren wider: Die Hypothekenzinsen haben neue Tiefststand erreicht, mit alternativen Kapitalanlagen sind kaum noch Renditen zu erzielen, das Arbeitsplatzrisiko ist gering, steigende Mieten bei der Neuvermietung machen Wohnungsbauinvestitionen attraktiv für gewerbliche Anleger und die Flüchtlingsmigration führt zu einer steigenden Nachfrage nach Wohnraum.

Das Kurzfristmodell, in dem das RWI die Fülle vorhandener Indikatoren zu einer Prognose der Vorquartalsrate des saison- und arbeitstäglich bereinigten BIP im

1. Überblick

Schaubild 2
Indikatoren der Konjunktur
 2009 bis 2016



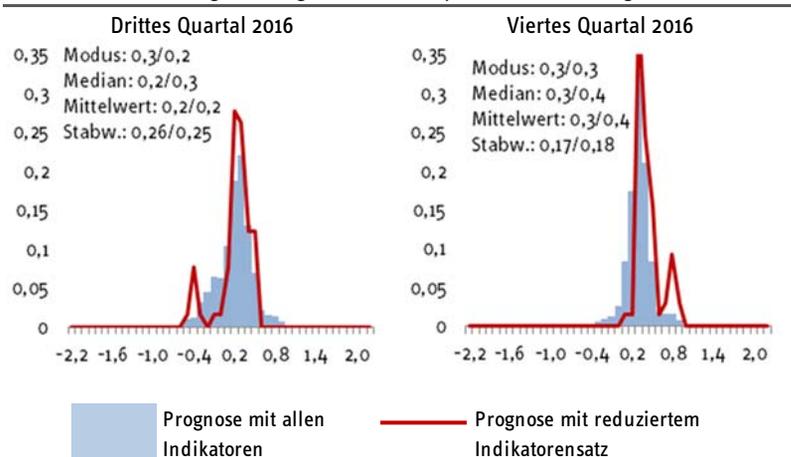
Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Bundesagentur für Arbeit und des ifo Instituts. - ¹Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. - ²Trend-Zyklus-Komponente nach BV 4.1.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Schaubild 3

Kurzfristschätzung der Zuwachsrates des BIP

Prozentuale Verteilung der Prognosen der Vorquartalsveränderung



Eigene Berechnungen. Zur Methode vgl. an de Meulen (2015). Der erste Wert der statistischen Kennziffern bezieht sich auf ein Modell mit allen Indikatoren, der zweite Wert auf das Modell auf den nach dem bei an de Meulen (2015) beschriebenen Verfahren reduzierten Indikatorensatz.

laufenden und im kommenden Quartal verdichtet, liefert für das dritte Vierteljahr einen Zuwachs von 0,2 bis 0,3% und für das vierte einen, der tendenziell etwas höher sein dürfte. Zu beachten ist, dass einige Indikatoren wie die Industrieproduktion in den Sommermonaten durch die Lage der Sommerferien beeinflusst und dadurch sehr volatil sind.

Neben dieser Schätzung für die kurze Frist liegen unserer Prognose folgende Annahmen zugrunde:

- ❑ Der Welthandel mit Waren wird 2016 um 0,9%, in den Jahren 2017 und 2018 um 4,8 bzw. 3,7% zunehmen. Die höhere Rate im Jahr 2017 resultiert aus einem statistischen Überhang.
- ❑ Rohöl (Sorte Brent) wird sich im Prognosezeitraum ausgehend von dem zuletzt erreichten Niveau von rund 49 \$/barrel mit einer laufenden Jahresrate von 2% verteuern, womit der Preis real in etwa auf dem zuletzt erreichten Niveau bleibt. Im Jahresdurchschnitt ergibt sich für 2016 ein Preis von 44 \$/barrel; für 2017 und 2018 wird ein Preis von 50 bzw. 51 \$/barrel angenommen.
- ❑ Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem Dollar bleibt im Prognosezeitraum auf dem zuletzt beobachteten Niveau von 1,13 \$/€.

Bezüglich der Wirtschaftspolitik nehmen wir Folgendes an:

2. Die Verwendungskomponenten

- fi** Die Tarifföhne je Stunde (in der Abgrenzung der Deutschen Bundesbank) dürften in diesem und in den beiden kommenden Jahren um jeweils 2,2 steigen. Der gesetzliche Mindestlohn wird zum 1.1.2017 wie von der Mindestlohnkommission empfohlen auf 8,84 € je Stunde angehoben, also um 4%.
- fi** Die EZB wird bis zum Ende des Prognosezeitraums die Leitzinsen auf dem derzeitigen Niveau belassen und die unkonventionellen Maßnahmen wie angekündigt durchführen. Die Finanzierungsbedingungen bleiben damit äußerst vorteilhaft. Die Umlaufrendite deutscher Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit lag im Juli bei -0,2%, Unternehmensanleihen notierten im August bei 1,6%. Für Kredite mussten Unternehmen im Juli 1,8% bezahlen. Auch für Haushalte sanken die Finanzierungskosten, etwa für Wohnungsbaukredite. An den vergleichsweise niedrigen Kosten der Fremdkapitalfinanzierung wird sich im Prognosezeitraum wenig ändern.
- fi** Die Finanzpolitik ist im Prognosezeitraum leicht expansiv ausgerichtet. Der finanzpolitische Impuls dürfte sich in diesem Jahr auf 0,3% in Relation zum BIP und im kommenden Jahr auf 0,1% belaufen. Für das Jahr 2018 ist – legt man die bisherigen Planungen zugrunde – mit keinen weiteren Impulsen zu rechnen; die Finanzpolitik wäre damit annähernd konjunkturneutral ausgerichtet. Diese Einschätzung ist indes mit Unsicherheiten behaftet, da sie unter einer Status quo-Annahme abgeleitet wurde und im politischen diskutierte, aber noch nicht im Gesetzgebungsprozess befindliche Maßnahmen nicht berücksichtigt.
- fi** Bezüglich der Flüchtlingsmigration wird angenommen, dass die Zahl der im EASY-System registrierten Asylbewerber auf dem zuletzt beobachteten Niveau von gut 16 000 pro Monat bleibt. Für das Jahr 2016 ergibt sich damit eine Zuwanderung von Flüchtlingen und Asylbewerbern von (brutto) 320 000 Personen, für 2017 und 2018 eine von jeweils 200 000 Personen.

2. Konjunktur bleibt aufwärts gerichtet

Unter diesen Annahmen dürfte die deutsche Konjunktur im Prognosezeitraum aufwärtsgerichtet bleiben. Sie wird voraussichtlich weiterhin von der Inlandsnachfrage getragen, und zwar vor allem von den Konsumausgaben. Diese verlieren aber im Verlauf des Prognosezeitraums wohl an Tempo, während die Investitionen etwas rascher expandieren dürften, wenn auch im längerfristigen Vergleich eher verhalten. Vom Außenbeitrag sind keine Anregungen für die Konjunktur zu erwarten.

Die **privaten Konsumausgaben** dürften nach einem nochmals recht kräftigen Anstieg um 1,8% in diesem Jahr in den beiden kommenden um 1,1% bzw. 0,9% expandieren. Sie profitieren von voraussichtlich anhaltend günstigen Rahmenbedingungen. Die Lohneinkommen werden bei voraussichtlich fortgesetztem Beschäftigungsaufbau

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Tabelle 2

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

2016 bis 2018; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2016 ^P	2017 ^P	2018 ^P	2016 ^P		2017 ^P		2018 ^P	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
Verwendung¹									
Konsumausgaben	2,2	1,5	1,2	2,6	1,9	1,6	1,4	1,3	1,2
Private Haushalte ²	1,7	1,1	0,9	2,1	1,4	1,2	0,9	0,9	0,9
Staat	3,7	2,7	2,2	4,1	3,3	2,5	2,8	2,5	1,8
Anlageinvestitionen	2,4	1,9	3,4	3,7	1,3	1,7	2,1	3,3	3,5
Vorratsveränderung ³	-0,4	0,0	0,0	-0,3	-0,4	0,0	0,0	0,0	0,0
Inlandsnachfrage	1,9	1,6	1,7	2,5	1,3	1,6	1,7	1,7	1,8
Außenbeitrag ³	0,2	-0,1	0,0	0,0	0,3	0,0	-0,3	0,0	0,0
Exporte	3,0	3,1	4,1	3,2	2,8	3,4	2,7	3,9	4,2
Importe	3,2	4,0	4,9	3,8	2,7	4,0	4,0	4,8	5,1
Bruttoinlandsprodukt	1,9	1,4	1,6	2,3	1,5	1,5	1,2	1,5	1,6
Preise									
Bruttoinlandsprodukt	1,5	1,5	1,8	1,6	1,4	1,8	1,8	1,8	1,8
Konsumausgaben ²	0,8	1,6	1,8	0,5	1,1	1,8	1,8	1,8	1,8
Einfuhr	-2,3	1,1	0,3	-3,5	-1,2	0,3	0,3	0,3	0,3
Einkommensverteilung									
Arbeitnehmerentgelt	3,6	3,4	3,5	3,7	3,4	3,3	3,7	3,3	3,7
Gewinne ⁴	3,6	1,9	2,9	5,5	1,8	3,6	2,2	3,6	2,2
Volkseinkommen	3,6	2,9	3,3	4,3	2,9	3,4	3,3	3,4	3,3
Abgaben ⁵ ./Subventionen	3,0	2,3	2,7	4,0	2,1	2,5	2,9	2,5	2,9
Nettonationaleinkommen	3,5	2,9	3,2	4,3	2,8	3,3	3,2	3,3	3,2
Abschreibungen	3,1	3,2	3,6	2,9	3,3	3,5	3,7	3,5	3,7
Bruttonationaleink.	3,4	2,9	3,3	4,0	2,9	3,3	3,3	3,3	3,3
Entstehung									
Erwerbstätige	1,2	1,0	0,8	1,3	1,2	0,8	0,8	0,8	0,8
Arbeitszeit	0,2	-0,2	0,1	0,5	-0,1	-0,1	0,3	-0,1	0,3
Arbeitsvolumen	1,4	0,8	0,9	1,7	1,1	0,7	1,1	0,7	1,1
Produktivität	0,5	0,6	0,6	0,6	0,4	0,8	0,5	0,8	0,5
Bruttoinlandsprodukt ¹	1,9	1,4	1,6	2,3	1,5	1,5	1,6	1,5	1,6

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. - ¹Preisbereinigt. - ²Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. - ³Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten. - ⁴Unternehmens- und Vermögenseinkommen. - ⁵Produktions- und Importabgaben. - ^PEigene Prognose.

und steigenden Löhnen weiterhin kräftig zunehmen. Dämpfend auf die Nettolöhne wirken aber deutliche Anhebungen der Sozialbeiträge und bei wieder höherer Inflation die kalte Progression. Die Transfereinkommen dürften nach der kräftigen Rentensteigerung zur Mitte dieses Jahres und weiterer 2016 in Kraft getretener Leistungs-

2. Die Verwendungskomponenten

aufstockungen wie der Anhebung des Kindesgeldes, der BAföG-Sätze und des Wohngeldes im Jahr 2017 nochmals kräftig zunehmen. Für das Jahr 2018 sind keine finanzpolitischen Maßnahmen mit Wirkung auf die Transfereinkommen unterstellt. Die Gewinnentnahmen dürften mit besserer Konjunktur beschleunigt zulegen, jedoch wirkt das niedrige Zinsniveau im gesamten Prognosezeitraum mindernd auf die Vermögenseinkommen. Alles in allem erwarten wir eine Zunahme der verfügbaren Einkommen in diesem und in den zwei folgenden Jahren um jeweils 2,7%. Allerdings nimmt die Teuerung wohl zu, u.a. weil die Wirkungen des Rückgangs des Rohölpreises auslaufen, so dass sich der Anstieg der Realeinkommen abflacht.

Die **Wohnungsbauinvestitionen** dürften im Prognosezeitraum weiterhin kräftig zunehmen; nach einem Plus von 4,2% in diesem Jahr sind Zuwächse von 3,3% bzw. 4,9% in den beiden kommenden Jahren zu erwarten. Die binnenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen bleiben wohl ausgesprochen günstig, und zugleich nimmt die Nachfrage nach Wohnraum infolge der hohen Nettozuwanderung beschleunigt zu. Dämpfend wirkt allerdings das am aktuellen Rand bereits zu beobachtende und sich bei zunehmender Kapazitätsauslastung der Bauwirtschaft voraussichtlich fortsetzende Anziehen der Baukosten.

Die **Unternehmensinvestitionen** dürften im Prognosezeitraum nur moderat ausgeweitet werden. Hierauf weisen u.a. die gesunkenen Auftragsbestände der Investitionsgüterhersteller hin. Dagegen sind die Auftragseingänge für gewerbliche Bauten

Tabelle 3
Anlageinvestitionen in Deutschland
2015 bis 2018; Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

	Anteile ¹	2015	2016 ^P	2017 ^P	2018 ^P
Anlageinvestitionen insgesamt	100	1,7	2,4	1,9	3,4
Ausrüstungen	33,2	3,7	1,5	1,0	3,2
sonstige Anlagen	18,0	1,9	2,6	2,3	2,3
Bauinvestitionen insgesamt	48,9	0,3	3,0	2,3	4,0
Wohnbauten	29,5	1,5	4,2	3,3	4,9
Nichtwohnbauten	19,3	-1,4	1,2	0,7	2,4
gewerbliche Bauten	13,7	-1,8	-0,2	-0,1	2,0
öffentliche Bauten	5,7	-0,4	4,6	2,6	3,3
nachrichtlich:					
Unternehmensinvestitionen ²	59,9	1,5	2,2	0,6	2,7

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. - ¹Anteile des Jahres 2015 an den nominalen Investitionen in %. - ²Ausrüstungs- und sonstige Anlageinvestitionen des nicht-staatlichen Sektors zuzüglich gewerbliche Bauinvestitionen. - ^PEigene Prognose.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

zwar zuletzt kräftig gestiegen. Dies ist allerdings ausschließlich auf den gewerblichen Hochbau zurückzuführen, während sie im Tiefbau gesunken sind. Auf eine schwache Investitionskonjunktur deuten die zuletzt merklich verschlechterten Stimmungsindikatoren hin. Darin dürfte auch die nach der Brexit-Entscheidung gestiegene Unsicherheit zum Ausdruck kommen. Erst im Verlauf des Prognosezeitraums werden die Unternehmen bei steigender Kapazitätsauslastung wohl wieder verstärkt investieren, jedoch bleiben die Zuwächse mit 0,6% im Jahr 2017 und 2,7% im Jahr 2018 bescheiden. Die Ausrüstungsinvestitionen dürften dabei der dynamischere Teil sein, während der Wirtschaftsbau erst ab 2018 kräftig zulegen dürfte.

Für die **Exporte** erwarten wir nach einem Plus von 3,0% im Jahr 2016 für den Prognosezeitraum Zuwächse von 3,1% (2017) und 4,1% (2018). Sie haben im Frühjahr 2016, nach einer schwachen zweiten Jahreshälfte 2015, wieder deutlich an Fahrt gewonnen. Impulse kamen insbesondere aus dem Euro-Raum und aus China, während die Ausfuhren in die Vereinigten Staaten rückläufig waren. Für die zweite Jahreshälfte deuten die Indikatoren wie die ifo Exporterwartungen und die Auftragseingänge aus dem Ausland auf eine nachlassende Expansion hin. In den beiden

Tabelle 4

Beitrag der Verwendungskomponenten¹ zum Wachstum des BIP

2012 bis 2018; in %-Punkten

	2012	2013	2014	2015	2016 ^p	2017 ^p	2018 ^p
Inlandsnachfrage	-0,8	0,9	1,3	1,5	1,7	1,5	1,6
Konsumausgaben	0,9	0,6	0,7	1,6	1,6	1,1	0,9
Private Haushalte	0,7	0,4	0,5	1,1	0,9	0,6	0,5
Staat	0,2	0,2	0,2	0,5	0,7	0,5	0,4
Anlageinvestitionen	-0,1	-0,2	0,7	0,3	0,5	0,4	0,7
Ausrüstungen	-0,2	-0,1	0,4	0,2	0,1	0,1	0,2
Bauten	0,1	-0,1	0,2	0,0	0,3	0,2	0,4
Sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Vorratsveränderung	-1,6	0,5	-0,1	-0,5	-0,4	0,0	0,0
Außenbeitrag	1,3	-0,4	0,3	0,2	0,2	-0,1	0,0
Exporte	1,3	0,9	1,9	2,4	1,4	1,4	1,9
Importe	0,0	-1,3	-1,6	-2,1	-1,3	-1,5	-1,9
BIP²	0,5	0,5	1,6	1,7	1,9	1,4	1,6

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. - ¹Lundberg-Komponenten berechnet unter Verwendung der Vorjahrespreise. - ²Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.- ^pEigene Prognose.

2. Die Verwendungskomponenten

kommenden Jahren profitieren sie einerseits von der Belegung des Welthandels, andererseits wirkt die jüngst etwas verschlechterte preisliche Wettbewerbsfähigkeit leicht dämpfend.

Die **Importe** haben sich weniger dynamisch entwickelt als die Ausfuhren, im zweiten Quartal gingen sie sogar zurück, wozu die Schwäche der inländischen Nachfrage beitrug. Im weiteren Verlauf dieses Jahres werden mit der erwarteten Erholung der Inlandsnachfrage die Einfuhren wohl wieder anziehen, womit sich für 2016 ein Zuwachs von 3,2% ergibt. In den kommenden Jahren dürften die Importe von schwungvolleren Ausrüstungsinvestitionen und anziehenden Exporten profitieren; beide Verwendungskategorien weisen einen hohen Importgehalt auf. Für 2017 erwarten wir eine Zunahme der Importe um 4,0% und für 2018 eine um 4,9%. Damit dürfte der Außenhandel im Prognosezeitraum keinen Beitrag zur Expansion des BIP leisten.

Alles in allem wird das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr voraussichtlich um 1,9% und in den Jahren 2017 und 2018 um 1,6% bzw. 1,8% expandieren. Die Aufwärtsentwicklung verläuft dabei nach unserer Einschätzung recht stetig. Dass der Zuwachs im kommenden Jahr um 0,3%-Punkte geringer ausfallen dürfte als in diesem ist durch die im Jahr 2017 höhere Zahl arbeitsfreier Tage begründet. Kalenderbereinigt nimmt die Wirtschaftsleistung wohl mit ähnlichen Raten zu. Damit revidiert das RWI seine Prognose für 2016 und 2017 leicht nach oben. Neben der etwas besser als erwartet verlaufenden Konjunktur im ersten Halbjahr trugen dazu auch Revisionen der Daten für das zurückliegende Jahr und das erste Quartal bei (Kasten).

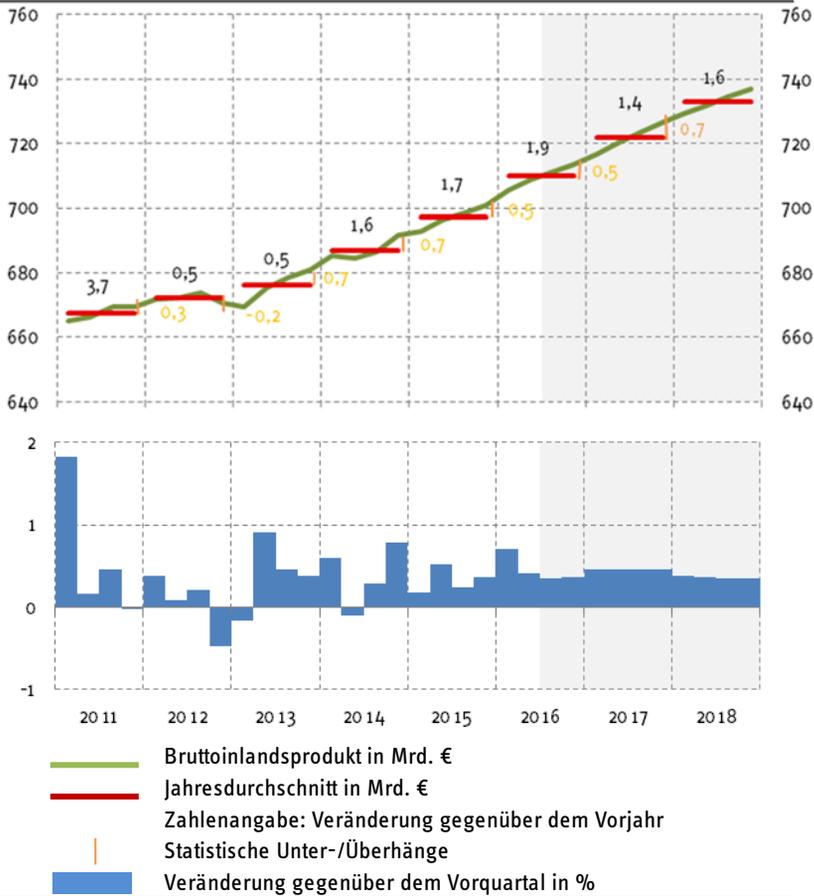
Tabelle 5
Statistische Komponenten der Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts 2015 bis 2018; in %

	2015	2016 ^a	2017 ^a	2018 ^a
Statistischer Überhang ¹	0,7	0,5	0,5	0,7
Jahresverlaufsrate ²	1,3	1,8	1,8	1,4
Durchschnittliche Veränderung, kalenderbereinigt	1,5	1,8	1,7	1,6
Kalendereffekt ³	0,2	0,1	-0,3	0,0
Durchschnittliche Veränderung	1,7	1,9	1,4	1,6

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Saison- und kalenderbereinigtes BIP im vierten Quartal des Vorjahres in % des Quartalsdurchschnitts des Vorjahres. – ²Veränderung des saison- und kalenderbereinigten BIP im vierten Quartal gegenüber dem vierten Quartal des Vorjahres – ³In % des realen BIP. – ^aEigene Prognose.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Schaubild 4
Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
 2010 bis 2018; real, saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

2. Die Verwendungskomponenten

Kasten

Veränderung der Prognose gegenüber der vom Juni 2016

Dem Statistischen Bundesamt steht bei Berechnung der jeweils im August veröffentlichten Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eine Reihe von Datenquellen erstmals zur Verfügung. Daher weisen die Daten oft größere Revisionen gegenüber den im Mai veröffentlichten auf. Da sich die Prognosen des RWI stets auf die jeweils aktuellsten VGR stützen, unterscheidet sich die im September veröffentlichte Prognose erfahrungsgemäß von der vom Juni nicht nur durch eine geänderte Einschätzung der Konjunktur, sondern auch durch Revisionen der Angaben für die Vergangenheit. Um dies zu dokumentieren, veröffentlicht das RWI die technischen Komponenten der Änderungen seiner Prognosen (zur Methode vgl. Döhrn et al. 2015: 49).

Große Revisionen gab es diesmal bei den Ausrüstungsinvestitionen und beim staatlichen Konsum. Bei ersteren wurde der statistische Überhang nach oben, das erste Quartal nach unten revidiert, weshalb sich die Änderungen weitgehend kompensieren. Beim staatlichen Konsum reflektiert die höhere Prognose nahezu ausschließlich Veränderungen in den Daten für die Vergangenheit. Eine gravierende Fehlschätzung des zweiten Quartals gab es bei den Ausrüstungsinvestitionen, weshalb die Prognose deutlich nach unten genommen wurde. Bei den übrigen Verwendungskomponenten und beim BIP liegt die Fehlschätzung des zweiten Quartals im Bereich der Unschärfe der Daten. Die Prognose für das zweite Halbjahr wurde insbesondere bei den Ausrüstungsinvestitionen und beim Außenhandel nach unten genommen.

Komponenten der Veränderung der vorliegenden Prognose gegenüber der vom Juni 2016

Veränderungen in % bzw. %-Punkten

	Prognose		Veränderung und Beitrag der Komponenten				
	Juni	Sep- tember	Insge- samt	Über- hang 2015	Erstes Quartal 2016	Zweites Quartal 2016	3. und 4. Quar. 2016
Bruttoinlandsprodukt	1,7	1,9	0,2	0,1	0,0	0,1	-0,1
Privater Konsum	2,0	1,8	-0,2	-0,1	-0,1	-0,1	0,0
Staatlicher Konsum	2,6	3,7	1,1	0,4	0,8	0,0	-0,1
Ausrüstungsinvestitionen	3,7	1,5	-2,1	1,0	-0,7	-1,9	-0,3
Bauinvestitionen	3,0	3,0	0,0	0,1	0,0	-0,2	0,2
Ausfuhren ¹	2,7	3,0	0,3	-0,3	0,6	0,3	-0,3
Einfuhren ¹	4,0	3,1	-0,8	0,0	-0,1	-0,6	-0,2

Eigene Berechnungen. Differenzen durch Rundungen. - ¹Von Waren und Dienstleistungen.

3. Divergierende Entwicklung bei Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Der Anstieg der Erwerbstätigkeit hat sich im zweiten Quartal 2016 geringfügig verlangsamt. Getragen wurde er erneut vom Aufbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Sie nahm insbesondere im Dienstleistungssektor zu, vor allem in den Bereichen Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen (6% im Vorjahresvergleich), Heime und Sozialwesen (5,2%), Gastgewerbe (3,9%) sowie Verkehr und Lagerei (3,3%). Während die Zahl der Selbstständigen weiterhin rückläufig war, stagnierte die Geringfügige Beschäftigung.

Die registrierte Arbeitslosigkeit ist bis zuletzt gesunken, im Jahresverlauf um 78 000 Personen. Die Unterbeschäftigung steigt hingegen bereits seit März. Hier macht sich zunehmend die Fluchtmigration bemerkbar, aufgrund derer die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen ausgeweitet wurden. Zum einen nahm die sog. Fremdförderung zu, insbesondere die Integrationskurse des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF).² Zum anderen wurden die Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung ausgeweitet; hier stieg insbesondere die Zahl der Teilnehmer aus den nichteuropäischen Asylherkunftsländern³. Die Zahl der Arbeitssuchenden aus dieser Personengruppe lag mit rund 357 000 Personen im August bereits um 155% über dem Wert des Vorjahresmonats. Der größte Teil davon, nämlich 292 500, bezeichnet die Bundesagentur für Arbeit als Personen im Kontext der Fluchtmigration, wozu sie anerkannte Flüchtlinge mit einer Aufenthaltserlaubnis, Asylbewerber, deren Verfahren noch nicht abgeschlossen ist, oder Geduldete zählt.⁴ Die Zahl der registrierten Arbeitslosen aus den nichteuropäischen Asylherkunftsländern hat zuletzt ebenfalls beschleunigt zugenommen; im August war sie mit rund 170 000 Personen doppelt so hoch wie ein Jahr zuvor. Etwa 75% davon gelten als Personen im Kontext der Fluchtmigration.

In der zweiten Hälfte dieses Jahres dürfte sich der Beschäftigungsaufbau fortsetzen. Darauf deuten Indikatoren, wie das IAB-Arbeitsmarktbarometer, und die saisonbereinigten Stellenzugänge hin. Für den Jahresdurchschnitt 2016 erwarten wir eine

² Zu den Fremdförderungen zählen verschiedene Maßnahmen, die nicht über die Arbeitsagenturen und Jobcenter gefördert werden. Hier spielen zurzeit vor allem Kurse, die das BAMF anbietet, eine Rolle (Bundesagentur für Arbeit 2016).

³ Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia, Syrien.

⁴ Die Bundesagentur für Arbeit berichtet erst seit Juni dieses Jahres über Arbeitssuchende und Arbeitslose im Kontext von Fluchtmigration. Ein zeitlicher Vergleich der Angaben für diese spezielle Personengruppe ist daher noch nicht möglich.

3. Arbeitsmarkt

Tabelle 6

Arbeitsmarktbilanz

2012 bis 2018; Jahresdurchschnitt in 1 000 Personen

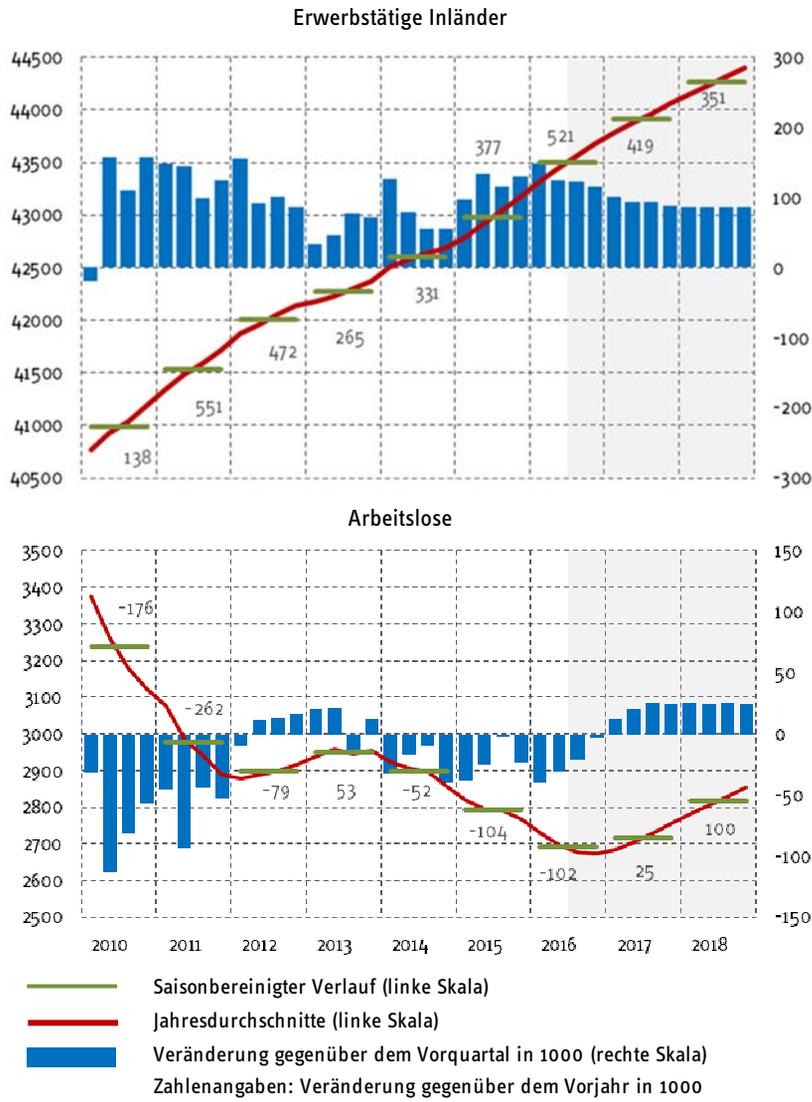
	2012	2013	2014	2015	2016 ^P	2017 ^P	2018 ^P
Arbeitsvolumen (Mill. Stunden)	57 835	57 657	58 343	58 895	59 733	60 196	60 751
Erwerbstätige Inland	42 061	42 328	42 662	43 057	43 584	44 002	44 353
Erwerbstätige Inländer	42 006	42 271	42 602	42 979	43 500	43 919	44 270
Selbständige	4 560	4 458	4 402	4 336	4 297	4 272	4 250
darunter:							
Förderung d.Selbständigkeit ¹	77	27	33	32	28	25	23
Arbeitnehmer	37 501	37 870	38 260	38 721	39 287	39 730	40 103
darunter:							
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	29 341	29 713	30 197	30 822	31 459	31 983	32 490
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4 981	5 017	5 029	4 856	4 828	4 821	4 814
Unterbeschäftigte (ohne Kurzarbeiter)	3 928	3 901	3 803	3 631	3 577	3 777	3 932
darunter:							
Registrierte Arbeitslose	2 897	2 950	2 898	2 795	2 693	2 718	2 818
Aktivierung und berufliche Eingliederung	144	161	162	167	213	293	334
Berufliche Weiterbildung	148	155	161	166	168	174	179
„Ein-Euro-Jobs“	137	111	97	87	81	161	171
Gründungszuschuss	69	19	26	26	25	23	23
Kurzarbeiter	112	124	94	88	81	81	80
Unterbeschäftigte (einschl. Kurzarbeiter)	3 970	3 949	3 840	3 668	3 612	3 811	3 965
nachrichtlich:							
Arbeitslosenquote ³	6,8	6,9	6,7	6,4	6,1	6,1	6,3
Erwerbslosenquote ⁴	5,0	4,9	4,7	4,3	4,0	4,0	4,1

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Bundesagentur für Arbeit und des IAB. -¹Überbrückungsgeld, Existenzgründungszuschuss, Einstiegsgeld, Gründungszuschuss. -²Vollzeitäquivalente. -³Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. -⁴Abgrenzung der International Labour Organization; bezogen auf alle inländischen Erwerbspersonen. -^PEigene Prognose, Angaben gerundet.

Zunahme der Erwerbstätigkeit um 1,2%, in den Folgejahren um 1,0 bzw. 0,8%. Im weiteren Prognosezeitraum dürfte sich die Fluchtmigration verstärkt auf die registrierte Arbeitslosigkeit auswirken. Bislang nimmt ein nicht unerheblicher Teil der

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Schaubild 5
Erwerbstätige und Arbeitslose
 2010 bis 2018; saisonbereinigter Verlauf in 1000 Personen



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und der Bundesagentur für Arbeit.

3. Arbeitsmarkt

Flüchtlinge an Integrationskursen oder arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teil. So wurden von der Bundesagentur für Arbeit spezielle Maßnahmen für diesen Personenkreis geschaffen, die die Integration in den Arbeitsmarkt erleichtern sollen. Ebenfalls sieht das Integrationsgesetz die Schaffung von 100 000 Arbeitsgelegenheiten (1-Euro-Jobs) vor. Die Teilnehmer an diesen Maßnahmen werden von der Bundesagentur für Arbeit nicht als arbeitslos registriert. Nach Ausscheiden aus diesen Maßnahmen dürfte die Integration in den Arbeitsmarkt vor dem Hintergrund der geringen beruflichen Qualifikation und unzureichender Sprachkenntnisse der Asylsuchenden gleichwohl längere Zeit beanspruchen (Brückner et al. 2016). Dementsprechend wird die Arbeitslosigkeit zunehmen. Für dieses Jahr und kommendes Jahr rechnen wir mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von jeweils 6,1%; im Jahr 2018 dürfte sie auf 6,3% steigen.

4. Lohnanstieg weiter moderat - Preisauftrieb beschleunigt sich

Der Anstieg der Tariflöhne war angesichts des hohen Beschäftigungsstandes überraschend moderat. Im zweiten Quartal lagen die Tariflöhne sowohl je Stunde als auch je Monat gerechnet um 2,2% über dem Vorjahreswert. Hier machten sich der Wegfall von im Vorjahrsquartal gewährten Sonder- und Einmalzahlungen, niedrige Stufen-erhöhungen sowie verhaltene Lohnabschlüsse der diesjährigen Verhandlungsrunde bemerkbar. In diesem Jahr finden nur noch in wenigen Branchen Tarifverhandlungen statt; für den Jahresdurchschnitt erwarten wir daher einen Anstieg der Tariflöhne um 2,2%. Da eine Vielzahl der Tarifverträge bis in das Jahr 2018 hinein reicht, der im Bankgewerbe sogar bis 2019, zeichnen sich auch für den Prognosezeitraum nur moderate Lohnerhöhungen ab. Die tariflichen Stundenlöhne dürften 2017 erneut um 2,2% und 2018 vor dem Hintergrund eines erwarteten höheren Preisdrucks etwas stärker um 2,5% zunehmen.

Die effektiven Monatslöhne sind im zweiten Quartal 2016 2,1% gegenüber dem Vorjahr gestiegen, also in etwa gleichem Tempo wie die Tariflöhne. Während im Vorjahr die Einführung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns zu deutlichen Lohnsteigerungen führte, dürfte der Zuwachs 2016 moderater ausfallen. Für den Jahresdurchschnitt erwarten wir eine Zunahme der Effektivlöhne je Arbeitnehmer um 2,3%. Zum Jahresanfang 2017 wird der flächendeckende allgemeine gesetzliche Mindestlohn von 8,50 auf 8,84 Euro erhöht. Dies schlägt sich in einer höheren Lohndrift nieder. Dementsprechend erwarten wir für 2017 und 2018 eine Zunahme der effektiven Stundenlöhne um 2,5 bzw. 2,6%.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Tabelle 7

Löhne und Lohnkosten

2014 bis 2018; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2014	2015	2016 ^P	2017 ^P	2018 ^P
Je Arbeitnehmer					
Tariflöhne	2,9	2,3	2,2	2,3	2,5
Bruttolöhne und -gehälter (Effektivlöhne)	2,8	2,7	2,3	2,4	2,7
Lohndrift	-0,1	0,4	0,1	0,1	0,2
Je Stunde					
Tariflöhne	3,0	2,4	2,2	2,2	2,5
Bruttolöhne und -gehälter (Effektivlöhne)	2,1	2,5	2,2	2,5	2,6
Lohndrift	-0,9	0,2	0,1	0,3	0,2
Arbeitskosten (nominal)	2,1	2,3	2,0	2,4	2,5
Arbeitskosten (real)	0,3	0,3	0,5	0,8	0,7
Lohnstückkosten (nominal)	2,0	1,6	1,4	1,8	1,8
Lohnstückkosten (real)	0,2	-0,3	-0,1	0,3	0,0

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Im Inland. – ^PEigene Prognose.

Angesichts des weiterhin geringen Produktivitätsanstiegs dürften sich die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten weiter erhöhen. Für dieses Jahr erwarten wir einen Anstieg um 1,3%, für die beiden kommenden Jahre um 1,6 bzw. 1,5%.

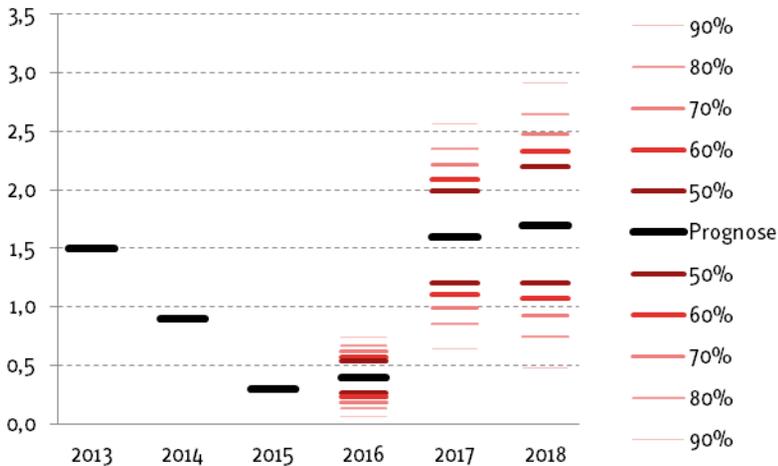
Vor dem Hintergrund der gestiegenen und weiter steigenden Lohnstückkosten hat sich der binnenwirtschaftlich determinierte Preisauftrieb in den vergangenen Monaten leicht beschleunigt. Die Kerninflation⁵ ist seit April um 0,3%-Punkte auf 1,2% im August gestiegen. Die Energiepreise sind dagegen zuletzt um lediglich 5,9% im Vorjahresvergleich gefallen, während sie im April dieses Jahres noch um 8,5% unter dem Vorjahreswert lagen. Insgesamt erhöhte sich die Inflation damit von -0,1% im April auf 0,4% im August.

Für den Prognosezeitraum erwarten wir einen verstärkten Anstieg der Verbraucherpreise. Bei den Energiepreisen dürfte die Inflation zunächst durch auslaufende Basiseffekte bestimmt werden. Bei angenommener realer Konstanz des Rohölpreises und einer schleppenden Weitergabe der vergangenen Rohölpreisrückgänge an die

⁵ Die Kerninflation wird im Folgenden definiert als Anstieg Verbraucherpreisindex ohne Energiepreise.

4. Löhne und Preise

Schaubild 6
Prognoseintervalle für den Anstieg der Verbraucherpreise
2013 bis 2018; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Eigene Berechnungen. Das Prognoseintervall für die Inflationsrate wird analog zum Intervall für die BIP-Prognose (Schaubild 7) aus den Fehlern der Inflationsprognose im Zeitraum 1991 bis 2015 abgeleitet.

Verbraucher dürfte der Anstieg der Energiepreise jedoch im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums moderat bleiben. Dagegen wird die Kerninflation im Prognosezeitraum wohl weiter anziehen; zum einen dürften sich die Lohnstückkosten weiter spürbar erhöhen, zum anderen begünstigt die steigende Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten wohl die Durchsetzung von Preisanhebungen. Vor diesem Hintergrund erwarten wir einen Anstieg der Verbraucherpreise von 0,4% im Jahr 2016, der sich auf 1,5% bzw. 1,7% in den kommenden beiden Jahren erhöhen dürfte. Die Kerninflation wird dabei voraussichtlich 1,1% in diesem Jahr sowie 1,5% im Jahr 2017 und 1,7% im Jahr 2018 betragen.

5. Staat erzielt hohe Budgetüberschüsse

Die Finanzlage des Staates hat sich im ersten Halbjahr 2016 weiter verbessert. Er erzielte einen Budgetüberschuss von 18,6 Mrd. €. Damit zeichnet sich ab, dass der Staat nach dem Rekordüberschuss von 22,6 Mrd. € aus dem vergangenen Jahr erneut einen hohen Überschuss erzielen wird. Ausschlaggebend hierfür sind die erneut sinkenden Zinsausgaben aufgrund der äußerst günstigen Refinanzierungskonditionen sowie die konjunkturbedingt kräftig sprudelnden Steuer- und Beitragseinnahmen.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Die Staatseinnahmen werden im Prognosezeitraum zwar weniger dynamisch als in den beiden Vorjahren steigen, sie werden mit 3,5% in diesem Jahr und 3,4% bzw. 3,6% in den beiden Folgejahren aber merklich zulegen. Dabei dürften die Steuern, auf die knapp die Hälfte der Staatseinnahmen entfällt, in diesem Jahr mit 3,9% nicht mehr so kräftig zunehmen wie im Vorjahr (4,7%), weil Steuerrechtsänderungen (Döhrn et al. 2016) und die Abtretung der 2015 vereinnahmten Bankenabgabe von 1½ Mrd. € an die neue europäische Abwicklungsbehörde das Aufkommen schmälern. Mehreinnahmen resultieren aus den weiterhin merklichen Zuwächsen bei den Bruttolöhnen und -gehältern, der Inlandsnachfrage und den Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Mit Blick auf die VGR ist ferner von Bedeutung, dass umfangreiche – aus Gerichtsurteilen der Vergangenheit beruhende – Steuerrückzahlungen erwartet werden, die aber nicht aufkommensmindernd zu Buche schlagen, weil sie periodengerecht bereits zum Zeitpunkt der Urteilsverkündung gebucht wurden.

Das Steueraufkommen wird in den Jahren 2017 und 2018 voraussichtlich um 3,2% bzw. 3,9% zunehmen. Der kräftige Anstieg ist neben der guten Konjunktur auch der Tatsache zu verdanken, dass der progressive Einkommensteuertarif seine Entzugswirkungen wieder ungeschmälert entfalten kann. Aufkommensmindernd wirkt zukünftig aber, dass die Einnahmen aus der Kernbrennstoffsteuer entfallen, deren Aufkommen 2016 wohl 1,0 Mrd. € erreicht. Alles in allem dürfte das Steueraufkommen im Prognosezeitraum stärker als das nominale BIP expandieren, so dass die volkswirtschaftliche Steuerquote von 23,1% auf 23,3% im Jahr 2018 zunimmt (Tabelle 8).

Die Einnahmen aus Sozialbeiträgen werden in diesem und dem kommenden Jahr mit 4,1% und 4,3% kräftig expandieren. Ausschlaggebend hierfür ist zum einen die aus dem anhaltenden Beschäftigungsaufbau und den Lohnsteigerungen resultierende Zunahme der Lohnsumme. Zum anderen steigt die Beitragslast. So haben viele Krankenkassen die Zusatzbeiträge zu Jahresbeginn 2016 angehoben, so dass die Beitragsbelastung um 0,2%-Punkte zunahm. Für 2017 sind weitere Anhebungen zu erwarten; wir gehen von einer abermals um 0,2%-Punkte steigenden Belastung aus. Zudem wird Anfang 2017 der Beitragssatz zur sozialen Pflegeversicherung um 0,2%-Punkte angehoben. Damit wird die gesamte Beitragsbelastung erstmals seit 2012 wieder über 40% liegen. Für 2018 sind hier keine weiteren Beitragsanhebungen unterstellt; damit dürften die Sozialbeiträge mit 3,6% nicht mehr so kräftig zulegen wie zuvor.

Die sonstigen Einnahmen des Staates werden in diesem Jahr voraussichtlich abermals stagnieren. Zwar werden die Verkäufe des Staates weiter zulegen, weil das mautpflichtige Streckennetz und der Kreis der mautpflichtigen Fahrzeuge ausgeweitet wurden und weil viele Kommunen ihre Gebühren erneut anheben, doch stehen

5. Öffentliche Finanzen

Tabelle 8

Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren¹

1991 bis 2018; in % des nominalen BIP

	Staatseinnahmen darunter:			Staatsausgaben darunter:			Finanzierungs- saldo	
	Insgesamt	Steuern	Nettosozialbeiträge	Insgesamt	Vermögenseinkommen	Monetäre Sozialleistungen		Bruttoinvestitionen
1991	43,2	22,0	16,3	46,4	14,7	2,6	3,1	-3,2
1992	44,6	22,4	16,7	47,2	15,4	3,1	3,3	-2,6
1993	44,9	22,3	17,2	48,0	16,3	3,1	3,1	-3,1
1994	45,4	22,4	17,7	47,9	16,6	3,2	2,9	-2,5
1995 ²	45,2	22,0	18,1	48,4	16,9	3,4	2,6	-3,1
1996	45,4	21,8	18,7	48,9	17,7	3,4	2,5	-3,5
1997	45,1	21,5	19,0	48,1	17,7	3,3	2,3	-2,9
1998	45,2	21,9	18,7	47,7	17,5	3,3	2,3	-2,5
1999	46,0	22,9	18,5	47,7	17,7	3,0	2,3	-1,7
2000 ³	45,6	23,2	18,1	47,1	17,2	3,1	2,3	-1,5
2001	43,8	21,4	17,8	46,9	17,3	3,0	2,3	-3,1
2002	43,3	21,0	17,8	47,3	17,8	2,9	2,2	-3,9
2003	43,6	21,1	18,0	47,8	18,2	2,9	2,1	-4,2
2004	42,6	20,6	17,6	46,3	17,9	2,8	1,9	-3,7
2005	42,8	20,8	17,4	46,2	17,7	2,7	1,9	-3,4
2006	43,0	21,6	16,9	44,7	16,9	2,7	2,0	-1,7
2007	43,0	22,4	16,1	42,8	15,8	2,7	1,9	0,2
2008	43,4	22,7	16,1	43,6	15,6	2,7	2,1	-0,2
2009	44,3	22,4	16,9	47,6	17,1	2,6	2,4	-3,2
2010 ⁴	43,0	21,4	16,5	47,4	16,4	2,5	2,3	-4,4
2011	43,8	22,0	16,4	44,7	15,5	2,5	2,3	-1,0
2012	44,2	22,5	16,5	44,3	15,4	2,3	2,2	0,0
2013	44,5	22,9	16,5	44,7	15,3	2,0	2,1	-0,2
2014	44,7	22,9	16,5	44,4	15,2	1,8	2,1	0,3
2015 ⁵	44,7	23,1	16,5	44,0	15,3	1,6	2,1	0,7
2016 ^P	44,7	23,2	16,6	44,1	15,3	1,4	2,2	0,6
2017 ^{5P}	44,9	23,2	16,8	44,4	15,4	1,3	2,2	0,5
2018 ^{5P}	44,9	23,3	16,8	44,2	15,3	1,2	2,2	0,7

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. – ²Ohne Vermögenstransfers im Zusammenhang mit der Schuldenübernahme der Treuhandanstalt und der Wohnungswirtschaft der ehemaligen DDR (per saldo 119,6 Mrd. €). – ³Ohne Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen (50,8 Mrd. €). – ⁴Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (4,4 Mrd. €). – ⁵Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Funkfrequenzen (0,5 Mrd. € in 2015, 3,8 Mrd. € in 2017, 0,2 Mrd. € in 2018). – ^PEigene Prognosen.

dem Mindereinnahmen bei den Vermögenseinkommen und den empfangenen Transfers gegenüber. In den beiden Folgejahren dürften die sonstigen Einnahmen des Staates mit 1,2% bzw. 1,7% moderat zunehmen.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Tabelle 9

Finanzpolitische Maßnahmen¹

Haushaltsbelastungen (-) und Haushaltsentlastungen (+) gegenüber 2015 in Mrd. €

	2016	2017	2018
Einnahmen der Gebietskörperschaften²			
Anhebung des Grund- und Kinderfreibetrages, des Kindergeldes und Rückgabe der kalten Progression aus den Jahren 2014/2015	-4,7	-4,5	-4,8
Alterseinkünftegesetz	-1,3	-2,6	-3,9
Wegfall der Kernbrennstoffsteuer		-1,0	-1,0
Steueränderungsgesetz 2015	-0,1	-0,1	-0,1
Reform der Investmentbesteuerung			-0,1
Ausweitung der Mautpflicht auf weitere Stecken und Fahrzeuge	0,3	0,3	0,3
Einnahmen der Sozialversicherung			
Erhöhung des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung zum 1.1.2017 um 0,2%-Punkte		2,5	2,6
Erhöhung des Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung um jeweils 0,2%-Punkte in 2016 und 2017	2,3	4,7	4,8
Ausgaben der Gebietskörperschaften			
Zusätzliche investive Ausgaben ³	-2,7	-4,2	-6,2
Investitionsprogramm Mikroelektronik		-0,1	-0,3
Förderung von Elektrofahrzeugen		-0,2	-0,2
Förderung des sozialen Wohnungsbaus durch den Bund ⁴	-0,5	-0,6	-0,8
Bundesförderprogramm für den Breitbandausbau	-0,5	-0,6	-0,6
Änderungen beim Wohngeld	-0,6	-0,5	-0,5
Anhebung der BAföG-sowie der Hartz-IV-Leistungen	-0,4	-0,9	-0,9
Programm für Bildung und Erziehung	-0,4	-0,8	-1,0
Ausweitung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen	-0,9	-1,5	-1,0
Arbeitslosenversicherungsschutz- u. Weiterbildungsstärkungsgesetz		-0,1	-0,2
Integrationsgesetz		-0,2	-0,1
Ausgaben der Sozialversicherung			
Gesetz zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung	-0,3	-0,3	-0,3
Zweites Pflegestärkungsgesetz		-4,0	-3,0
Krankenhausstrukturgesetz	-0,6	-1,1	-1,1
Präventionsgesetz ⁵	-0,2	-0,3	-0,3
Hospiz- und Palliativgesetz	-0,3	-0,3	-0,3
Insgesamt	-10,8	-16,4	-19,1
In Relation zum nominalen BIP	-0,3%	-0,5%	-0,6%

Berechnungen des RWI nach Angaben des Bundesministeriums der Finanzen.. - ¹Ohne makroökonomische Rückwirkungen. - ²Die Wirkungen der Steuerrechtänderungen sind auf das Kassenjahr bezogen. - ³Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag, aus dem 10 Milliarden Euro-Investitionspaket des Bundes, zusätzliche Mittel für den Kita-Ausbau. - ⁴Förderung des sozialen Wohnungsbaus, Wohnungsbauprogramm zugunsten sozialer Brennpunkte, zusätzliche Bundesmittel für den Bereich soziale Stadt. - ⁵Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention.

5. Öffentliche Finanzen

Die Ausgaben des Staates werden in diesem Jahr mit 3,8% kräftiger expandieren als im Vorjahr (2,7%). Zwar profitieren die staatlichen Haushalte weiterhin von dem historisch niedrigen Zinsniveau, doch stehen den Einsparungen beim Schuldendienst strukturelle Mehrbelastungen durch die expansiv ausgerichtete Finanzpolitik (Tabelle 9) und hohe flüchtlingsbedingte Mehrausgaben gegenüber. In den Jahren 2017 und 2018 dürfte sich der Anstieg auf 3,5% bzw. 3,3% abflachen. Die Entwicklung wird allerdings dadurch verzerrt dargestellt, dass die im Sommer 2015 erzielten Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen in den VGR periodengerecht zum Zeitpunkt der effektiven Nutzbarkeit der Frequenzbänder als Veräußerung von nichtproduzierten Vermögensgütern gebucht werden; dies schlägt 2017 und 2018 ausgabenmindernd zu Buche, und zwar um 3,8 Mrd. € bzw. 0,2 Mrd. €. Bereinigt um diesen Sondereffekt belief sich der Anstieg der Staatsausgaben auf 3,7% bzw. 3,1%. Maßgeblich für die Abflachung des Ausgabenanstiegs in 2018 ist, dass die Finanzpolitik auf einen annähernd konjunkturneutralen Kurs einschwenkt; zudem flacht sich der Anstieg der Ausgaben infolge des Rückgangs der Flüchtlingsmigration ab.

Die Vorleistungen des Staates dürften in diesem Jahr aufgrund der Aufwendungen für die Unterbringung und die Versorgung von Flüchtlingen mit 7,8% kräftig zulegen. In den beiden kommenden Jahren wird sich der Anstieg mit abklingender flüchtlingsbedingter Zuwanderung wohl auf 2,9 bzw. 3,1% verlangsamen. Die sozialen Sachausgaben, die bereits in der Vergangenheit eine hohe Dynamik aufwiesen, werden nochmals beschleunigt expandieren. Maßgeblich hierfür ist in diesem Jahr die durch die Fluchtmigration steigende Zahl von Hilfeempfängern. Im Jahr 2017 ergeben sich Mehrausgaben aus den im Krankenhausstrukturgesetz, im Präventionsgesetz sowie im Hospiz- und Palliativgesetz festgelegten Maßnahmen sowie aus den Leistungsausweitungen des zu Beginn des kommenden Jahres in Kraft tretenden zweiten Pflegegestärkungsgesetzes.

Die Personalausgaben des Staates dürften im Prognosezeitraum relativ gleichmäßig um rund 3% pro Jahr expandieren. Neben den Tarifsteigerungen wirkt sich dabei insbesondere im laufenden Jahr aus, dass der Staat als Reaktion auf die Flüchtlingsmigration den Personalbestand spürbar ausweiten wird, insbesondere bei der Polizei, beim Militär sowie in den Bereichen Bildung und Sozialarbeit. Dies wird durch den Personalabbau in anderen Bereich nicht ausgeglichen.

Die monetären Sozialleistungen werden in diesem und dem kommenden Jahr voraussichtlich mit 3,5% bzw. 3,8% zunehmen; 2018 dürfte sich der Anstieg auf 3% abflachen. Die zunächst kräftigen Zuwächse beruhen zum einen auf Mehrausgaben im Zuge mit der Flüchtlingszuwanderung. So werden die Ausgaben der aktiven Arbeitsmarktpolitik und für Sprach- und Integrationskurse spürbar ausgeweitet. Zudem

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

nehmen in dem Maße, in dem Flüchtlingen einen Aufenthaltstitel erlangen, die Ausgaben für Arbeitslosengeld II, Kindergeld und Wohngeld zu. Zum anderen expandieren die Rentenausgaben deutlich, weil die diesjährige Rentenanpassung aufgrund von Nachholeffekten⁶ mit 4,25% im Westen und 5,95% im Osten sehr kräftig ausfiel. Schließlich wurden das Kindergeld, das Wohngeld, die BAföG- und die Hartz-IV-Leistungen aufgestockt. Die Ausgaben für Arbeitslosengeld I gehen hingegen infolge der im Prognosezeitraum steigenden Beschäftigung weiter zurück.

Die Ausgaben für Subventionen, die im ersten Halbjahr gesunken sind, dürften im Prognosezeitraum infolge von Förderprogrammen für den Absatz von Elektro- und Hybridfahrzeugen sowie zur Digitalisierung der Wirtschaft moderat zulegen. Die Vermögenstransfers werden in diesem Jahr aufgrund von einmaligen Übertragungen der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein an die HSH Nordbank in Höhe von 2,6 Mrd. € kräftig zulegen. Zudem werden im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration mehr Mittel für den sozialen Wohnungsbau, für ein Wohnungsbauprogramm zugunsten sozialer Brennpunkte und für den Bereich „Soziale Stadt“ bereitgestellt. Bei den sonstigen Transfers fallen im Prognosezeitraum höhere Ausgaben an, um die Lage in den Flüchtlingslagern der Krisenregionen zu verbessern und so die Fluchtursachen zu bekämpfen. Hingegen dürften die Abführungen an die EU in diesem Jahr leicht sinken.

Die staatlichen Bruttoinvestitionen dürften im Prognosezeitraum um jahresdurchschnittlich 4,3% und damit stärker als die gesamten Staatsausgaben (3,5%) ausgeweitet werden. Zum einen hat die Bundesregierung vielfältige Maßnahmen zum Erhalt und Ausbau der staatlichen Infrastruktur beschlossen. Zum anderen hat sich die Finanzlage der Gemeinden und der Länder merklich entspannt⁷, was budgetäre Spielräume für mehr Investitionen eröffnet. Zudem sollen die Rüstungsinvestitionen angesichts der sich wandelnden Aufgaben bei der Bündnis- und Landesverteidigung deutlich aufgestockt werden.

Die Zinsausgaben des Staates werden in diesem Jahr um rund 9% abnehmen, da die öffentlichen Haushalte bei der Refinanzierung auslaufender Kredite weiterhin von dem seit dem Frühjahr 2016 nochmals gesunkenen und nunmehr historisch niedrigen

⁶ Die mit der Generalrevision der VGR im September 2014 verbundene Änderungen bei der Erfassung der Beschäftigung hatte zur Folge, dass die Rentenanpassung im vergangenen Jahr gemessen an der Entwicklung der versicherungspflichtigen Entgelte zu niedrig ausfiel. Dies wurde bei der Rentenanpassung zum 1. Juli 2016 korrigiert und führte zu einer um rund einen Prozentpunkt höheren Rentensteigerung.

⁷ Die Gemeinden und die Länder erzielten im vergangenen Jahr jeweils einen Überschuss von 4,7 Mrd. €, nach Defiziten von 2,5 Mrd. € bzw. 0,9 Mrd. € in 2014.

5. Öffentliche Finanzen

Zinsniveau profitieren.⁸ Zudem hat sich der gesamtstaatliche Schuldenstand wegen des Budgetüberschusses der Gebietskörperschaften im vergangenen Jahr und des Abschmelzens der Bad-Bank-Portfolios verringert. In den Jahren 2017 und 2018 werden die Zinsausgaben weiter, wenn auch verlangsamt sinken, weil zunehmend ohnehin niedrig verzinsten Anleihen zur Refinanzierung anstehen.

Durch steigende Ausgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration und die expansiv ausgerichtete Finanzpolitik werden sich die budgetären Spielräume des Staates in diesem Jahr zwar für sich genommen verringern, dies wird jedoch durch konjunkturbedingte Mehreinnahmen und Einsparungen beim Schuldendienst weitgehend ausgeglichen. Der Budgetüberschuss dürfte 20 Mrd. € bzw. in Relation zum BIP 0,6% erreichen. Im weiteren Prognosezeitraum dürfte die Finanzlage des Staates gut bleiben, zumal die Finanzpolitik allmählich von einem expansiven auf einen annähernd konjunkturneutralen Kurs einschwenkt und die flüchtlingsbedingte Zuwanderung abklingt. Der Überschuss dürfte in 2017 auf 19 Mrd. € (0,6% des BIP) und in 2018 auf 24 Mrd. € (0,7% des BIP) belaufen; bereinigt um Minderausgaben aufgrund der Nutzung der Funklizenzen beläuft sich der Überschuss in 2017 auf 0,5% des BIP.

Der Schuldenstand des Staates, der im vergangenen Jahr 71% in Relation zum BIP betrug, dürfte bis 2018 kontinuierlich sinken und dann mit 62¼ % nur noch wenig über dem Referenzwert des Maastricht-Vertrages von 60% liegen. Neben den Budgetüberschüssen der Gebietskörperschaften und dem steigenden nominalen BIP ist dies auch einem weiteren Portfolioabbau der staatlichen Abwicklungsanstalten zu verdanken.⁹

6. Unsicherheiten und Risiken

Die vorliegende Prognose stellt die von uns für am wahrscheinlichsten gehaltene Entwicklung der deutschen Wirtschaft bis 2018 dar. Allerdings sind alle auf die Zukunft bezogenen Aussagen mit Unsicherheiten behaftet. Diese versuchen wir durch Prognosebänder auszudrücken, die sich aus den Fehlern unserer früheren Prognosen ableiten.¹⁰ Die Prognose für das laufende Jahr stützt sich bereits auf eine Vielzahl von

⁸ Bei einem Kapitalmarktzins für zehnjährige Bundesanleihen von 0,5% betrug die rechnerische Durchschnittsverzinsung der Staatsverschuldung im Jahr 2015 2,2%, was auf einen weiteren Rückgang der Zinsausgaben hindeutet (Döhrn et al. 2016: 95-98).

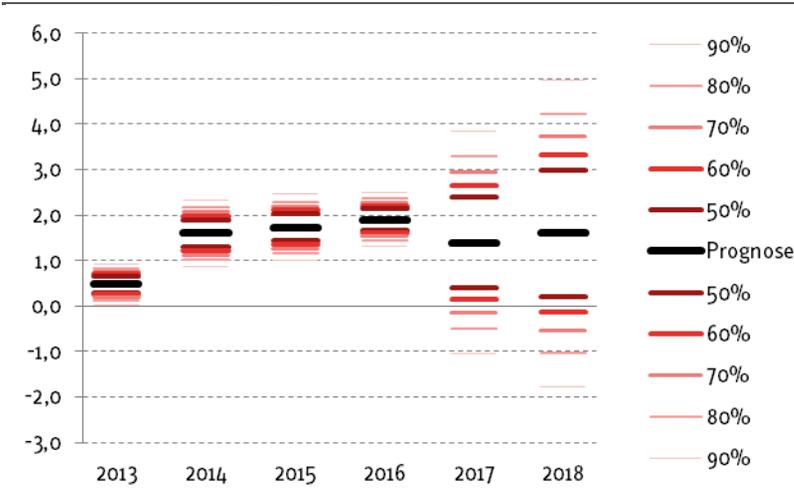
⁹ Der Beitrag der „Bad Banks“ zur Staatsschuldenquote dürfte auf 4,2% des BIP im Jahr 2017 und auf 3,7% des BIP im Jahr 2018 sinken.

¹⁰ Da das RWI in seinen im September veröffentlichten Konjunkturberichten bisher keine Prognosen für das übernächste Jahr veröffentlichte, kann das Prognoseintervall für 2018 nicht aus den Fehlern vergangener Prognosen abgeleitet werden. Aus methodischen Überlegungen dürfte sich

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Schaubild 7

Prognose- und Revisionsintervalle für das BIP
2013 bis 2018; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Eigene Berechnungen. Bis 2015: Revisionsintervall. Zur Methodik vgl. Döhrn et al. (2007): 44-45; (2010): 60-61 und Fußnote 10; Döhrn et al. (2011): 65.

Informationen und ist daher mit einer vergleichsweise geringen Unsicherheit behaftet. Das 80%-Prognoseband reicht von 1,4 bis 2,4% und ist in etwa so breit wie das Revisionsband, das die Unschärfe in den bereits veröffentlichten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen widerspiegelt. Die Prognosebänder für die beiden kommenden Jahr sind noch recht weit; das 80%-Band für 2017 reicht -0,5 bis 3,3%, das für 2018 von -1,0 bis 4,0% (Schaubild 7).

Über diese allgemeine Unsicherheit über die künftige wirtschaftliche Entwicklung hinausgehend bestehen spezielle Risiken, die zur Folge haben können, dass Chancen und Risiken nicht – wie dies die Prognosebänder unterstellen – gleich verteilt sind, sondern dass sich die Unsicherheitsmargen nach oben oder nach unten verschieben könnten. Bereits in der Vergangenheit haben wir auf die zuletzt außerordentlich schwache Expansion des Welthandels hingewiesen und die Implikationen, die es für

allerdings die Streuung der Prognosefehler einer im Herbst erstellten Prognose für das übernächste Jahr nicht von der einer im Frühjahr erstellte Prognose für das nächste Jahr unterscheiden. Eine Auswertung der Prognosen der Europäischen Kommission und der OECD, die schon seit längerem im Herbst Prognosen für das übernächste Jahr veröffentlichen, stützt diese aus theoretischen Erwägungen naheliegende Vermutung. Daher wird das Prognoseband für 2018 aus den Fehlern der im Frühjahr veröffentlichten Prognosen des RWI für das kommende Jahr abgeleitet.

6. Unsicherheiten und Risiken

das „Geschäftsmodell“ der deutschen Wirtschaft hätte, wenn die internationale Arbeitsteilung sich dauerhaft zurückbilden würde (Döhrn et al 2016: 56-58). Mit dieser Prognose haben wir unsere Erwartungen bezüglich der Expansion des Welthandels nochmals zurückgeschraubt; zudem lassen das Votum der britischen Wähler für einen Austritt aus der EU und der wachsende Widerstand in der Öffentlichkeit gegen internationale Handelsabkommen befürchten, dass der Welthandel auch auf mittlere Frist schwächer expandieren könnte als in der Vergangenheit beobachtet.

7. Zur Wirtschaftspolitik

Deutschland befindet sich nach wie vor in einer robusten konjunkturellen Lage und die gesamtwirtschaftliche Produktion expandiert stärker als das Produktionspotenzial, wenngleich sich die Kapazitätsauslastung der deutschen Wirtschaft nach wie vor im Bereich der Normalauslastung bewegt. Deutschland befindet sich damit in einer im europäischen Vergleich günstigen Lage. Allerdings ist diese auch außergewöhnlich günstigen externen Faktoren zu verdanken: Dem kräftigen Rückgang des Weltmarktpreises für Rohöl, den ungewöhnlich niedrigen Zinsen und einer effektiven Abwertung des Euro um 14% zwischen März 2014 und April 2015; seitdem hat er wieder leicht aufgewertet. Selbst das Zusammentreffen von drei kräftigen Impulsen entwickelt allerdings nicht genügend Kraft, um die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung nennenswert steigen zu lassen. Dies könnte darauf hinweisen, dass das aus der Entwicklung des BIP abgeleitete Produktionspotenzial die Wachstumsmöglichkeiten der deutschen Wirtschaft überzeichnet. Einer der wesentlichen Impulse für das BIP in den beiden vergangenen Jahren und auch in diesem resultierte nämlich aus *terms of trade* Gewinnen, die die Realeinkommen stützten. Da jedoch das BIP einschließlich dieser Gewinne zur Berechnung des Produktionspotenzials herangezogen wird, haben sie Wirkungen auf das geschätzte Potenzial, die nicht nachhaltig sind und die ins Gegenteil umschlagen, wenn die Rohstoffpreise sich wieder in Richtung ihres Mitte 2014 herrschenden Niveaus entwickeln.

Eine kontrafaktische Simulation mit dem RWI-Konjunkturmodell, in der der Ölpreis, der Wechselkurs und die Zinsen auf den Ende 2013 erreichten Niveaus festgeschrieben wurden, ergibt für 2015 eine gegenüber der Referenzlösung des Modells um 0,5%-Punkte geringere Zuwachsrate des BIP; für 2016 ist sie um 0,7%-Punkte geringer (Tabelle 10). Der Zuwachs des BIP hätte in den beiden Jahren ohne diese Gewinne nur bei gut 1% gelegen.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Tabelle 10

Kontrafaktische Simulation zur deutschen Konjunktur in den Jahren 2014 bis 2016

Simulation mit dem RWI-Konjunkturmodell; Abweichungen von der Basisprognose

	2014	2015	2016
Annahmen			
Rohölpreis (Brent, \$/b)	10,5	56,8	94,6
Wechselkurs (\$ je €)	0,00	0,30	0,20
3 Monats EURIBOR (%-Punkte)	0,00	0,20	0,40
Umlaufrendite 10j. US-Staatsanleihen (%-Punkte)	0,20	0,60	0,80
Verwendung, Abweichung der Zuwachsrates in %-Punkte			
Privater Konsum	-0,2	-1,1	-1,1
Bruttoanlageinvestitionen	-0,1	-0,9	-1,6
Inländische Verwendung	-0,1	-0,8	-0,9
Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag)	0,1	0,3	0,1
Bruttoinlandsprodukt	-0,0	-0,5	-0,7
Preise (Abweichung der Veränderungsrate in %-Punkten)			
Deflator des Privaten Konsums	0,2	0,8	0,4
BIP-Deflator	-0,1	-0,4	-0,1
Arbeitsmarkt (Abweichung in 1000 Personen)			
Erwerbstätige	-2	-34	-135
Arbeitslose	1	17	67

Eigene Berechnungen. Annahme der Simulation: Ölpreis, Wechselkurs und Zinsen bleiben auf dem Ende 2013 erreichten Niveau.

Vor diesem Hintergrund dürfen der anhaltende Konjunkturaufschwung, die günstige Entwicklung des Arbeitsmarktes und der überschüssige Staatshaushalt nicht darüber hinwegtäuschen, dass die deutsche Wirtschaftspolitik nach wie vor gefordert ist, das Wachstum zu fördern, zumal zu befürchten ist, dass die weltwirtschaftliche Nachfrage sich auch weiterhin schwächer entwickeln wird als in den vergangenen beiden Jahrzehnten. In vielen Feldern wurden jedoch Maßnahmen umgesetzt oder sie werden diskutiert, die genau das Gegenteil bewirken. So werden in der Arbeitsmarktpolitik eher Re-Regulierungen diskutiert, finanzielle Spielräume in der Rentenversicherung wurden nicht für Beitragssenkungen genutzt, sondern für zusätzliche Sozialleistungen, die auf Jahre hinaus die Rentenkassen belasten und zu höheren Beiträgen und damit auch höheren Lohnnebenkosten führen. Der Rentenkompromiss, der darauf ausgerichtet war, den Anstieg der Beitragsbelastung zu begrenzen, wurde mit der Rente ab 63 teilweise aufgekündigt, und Anhebungen des Rentenniveaus werden in der Politik diskutiert, ohne zugleich die Öffentlichkeit darüber zu informieren, dass dies entweder zu einem höheren Rentenversicherungsbeitrag oder zu einer längeren

7. Zur Wirtschaftspolitik

Lebensarbeitszeit führen dürfte. Im Übrigen verknappt die Rente ab 63 das Arbeitskräfteangebot, was ebenfalls negativ auf die Wachstumsmöglichkeiten wirkt.

Die EZB hat mit ihrer Geldpolitik die langfristigen Zinsen im Euro-Raum auf ein historisch niedriges Niveau geschleust. Bei Staatsanleihen sind die Zinsen derzeit bis zu einer Laufzeit von 10 Jahren negativ, d.h. der Staat erhält sogar eine Prämie, wenn er sich Geld leiht. Die EZB kommuniziert, dass sie die Zinsen noch für einige Zeit auf diesem niedrigen Niveau belassen wird. Für Deutschland, dessen gesamtwirtschaftliches Produktionspotential bereits gut ausgelastet ist, birgt das über lange Zeit niedrige Zinsniveau Risiken. So nehmen die Anzeichen zu, dass sich der Anstieg der Immobilienpreise in einer wachsenden Zahl von Regionen spürbar beschleunigt und die Gefahr einer Preisblase zugenommen hat (Budde und Micheli 2016). Die nationale Wirtschaftspolitik könnte auf eine solche Preisblase nur mit makroprudenziellen Maßnahmen reagieren, z.B. einer Reduktion von Beleihungsgrenzen, wofür derzeit indes die gesetzlichen Grundlagen fehlen.

Ein Gegengewicht zur expansiven Geldpolitik könnte auch eine kontraktive Finanzpolitik setzen. Diese ist im Prognosezeitraum jedoch – wenn auch nur leicht – expansiv ausgerichtet. Diskutiert wird sogar, den Expansionsgrad zu erhöhen, beispielsweise durch Steuersenkungen. Diese sind wachstumspolitisch zwar erwünscht, wenn durch sie die hohe Grenzbelastung mittlerer Einkommen verringert wird. Sie angesichts der guten Kassenlage aber durch einen Abbau des Budgetüberschusses zu finanzieren, ist angesichts der gegenwärtigen konjunkturellen Lage mit ausgelasteten Kapazitäten keineswegs angezeigt. Daher sollten Steuersenkungen gegenfinanziert werden, vorzugsweise durch den Abbau von Steuervergünstigungen und Subventionen. Ein solches Paket könnte die Leistungsanreize erhöhen, bestehende Allokationsverzerrungen abbauen und so die Wachstumskräfte stärken. Eine aus den Budgetüberschüssen finanzierte Steuersenkung verbietet sich zum einen schon deshalb, weil diese in hohem Maße aus sinkenden Zinsausgaben resultieren, die den extrem niedrigen Zinsen zu verdanken sind, aber keine strukturelle Verbesserung des Staatshaushalts darstellen, da die Zinsersparnisse nicht als dauerhaft einzuordnen sind und bei einer Normalisierung des Zinsniveaus mit erheblich höheren Zinsausgaben zu rechnen ist (Döhrn et al. 2016: 95-98). Zum anderen sollten Überschüsse, soweit sie der guten Konjunktur zu verdanken sind, für die Tilgung der Staatsschulden verwendet werden, um – den Intentionen der Schuldenbremse entsprechend – über den Konjunkturzyklus hinweg einen Budgetausgleich zu erzielen.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Literatur

Barabas, G., H. Gebhardt, T. Schmidt und K. Weyerstraß (2016), Projektion der Wirtschaftsentwicklung bis 2020: Günstige Perspektiven für ein solides Wachstum. *RWI Konjunkturberichte* 67 (1): 111-124.

Brücker, H., P. Schewe und S. Sirries (2016), Eine vorläufige Bilanz der Fluchtmigration nach Deutschland. Aktueller Bericht 19/2016, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Nürnberg.

Budde, R. und M. Micheli (2016), Monitoring regionaler Immobilienpreise 2016: Gefahr einer Überhitzung am Häusermarkt gestiegen. *RWI Konjunkturberichte* 67 (2): 17-30.

Deutsche Bundesbank (2016), Öffentliche Finanzen. *Monatsbericht* 68 (8): 60-75.

Döhrn, R. (2016), Der Investitionsaufschwung blieb aus: das Prognosejahr 2015 im Rückblick. *Wirtschaftsdienst* 96 (4): 253-257.

Döhrn, R., G. Barabas, A. Fuest, H. Gebhardt, M. Micheli, S. Rujin und L. Zwick (2016), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: In schwierigerem Fahrwasser. *RWI Konjunkturberichte* 67 (1): 37-110.

Döhrn, R., G. Barabas, A. Fuest, H. Gebhardt, P. an de Meulen, M. Micheli, S. Rujin und L. Zwick (2015), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Konjunktur bleibt aufwärts gerichtet. *RWI Konjunkturberichte* 66 (3): 39-98.

an de Meulen, P. (2015), Das RWI-Kurzfristprognosemodell. *RWI Konjunkturberichte* 66 (2): 25-46.

SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2015), Zukunftsfähigkeit in den Mittelpunkt. Jahresgutachten 2015/2016.

Anhang

Hauptaggregate der Sektoren

2015; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	2 729,7	1 844,4	292,1	593,1	-
2 - Abschreibungen	535,7	308,4	66,7	160,5	-
3 = Nettowertschöpfung	2 193,9	1 536,0	225,4	432,6	- 229,5
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	1 537,0	1 095,5	228,6	212,9	13,6
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	21,9	12,8	0,2	8,9	-
6 + Empf. s. Subventionen	24,4	22,6	0,2	1,5	-
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	659,4	450,4	- 3,2	212,3	- 243,2
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	1 539,9	-	-	1 539,9	10,7
9 - Gel. Subventionen	27,5	-	27,5	-	4,7
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	327,4	-	327,4	-	5,4
11 - Gel. Vermögenseinkommen	727,4	650,0	47,3	30,1	176,2
12 + Empf. Vermögenseinkommen	791,3	374,4	21,4	395,4	112,3
13 = Primäreinkommen	2 563,1	174,8	270,9	2 117,4	- 295,6
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	362,7	71,7	-	291,1	10,2
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	372,6	-	372,6	-	0,4
16 - Gel. Sozialbeiträge	619,5	-	-	619,5	3,6
17 + Empf. Sozialbeiträge	620,4	118,8	500,8	0,8	2,7
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	533,2	61,5	471,0	0,8	0,5
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	526,0	-	-	526,0	7,7
20 - Gel. s. lauf. Transfers	306,1	158,7	75,2	72,1	50,3
21 + Empf. s. lauf. Transfers	264,1	140,2	21,5	102,4	92,3
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 524,6	142,0	619,5	1 763,1	- 257,1
23 - Konsumausgaben	2 219,7	-	583,7	1 636,0	-
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	- 48,1	-	48,1	-
25 = Sparen	304,9	93,9	35,8	175,2	- 257,1
26 - Gel. Vermögenstransfers	45,6	8,0	29,7	7,9	4,7
27 + Empf. Vermögenstransfers	41,7	18,4	12,2	11,1	8,6
28 - Bruttoinvestitionen	583,6	332,3	64,3	187,0	-
29 + Abschreibungen	535,7	308,4	66,7	160,5	-
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	- 2,1	- 1,2	- 1,8	0,9	2,1
31 = Finanzierungssaldo	255,3	81,6	22,6	151,1	- 255,3
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 524,6	142,0	619,5	1 763,1	- 257,1
33 + Saldo sozialer Sachtransfers	-	-	- 377,9	377,9	-
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	2 524,6	142,0	241,6	2 140,9	- 257,1

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Hauptaggregate der Sektoren

2016; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	2 823,8	1 907,0	300,3	616,5	-
2 - Abschreibungen	552,2	317,2	68,5	166,5	-
3 = Nettowertschöpfung	2 271,6	1 589,8	231,8	449,9	- 248,4
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	1 591,7	1 134,7	235,5	221,5	14,3
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	23,3	13,8	0,2	9,3	-
6 + Empf. s. Subventionen	25,2	23,5	0,2	1,5	-
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	681,8	464,9	- 3,7	220,7	- 262,7
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	1 594,6	-	-	1 594,6	11,3
9 - Gel. Subventionen	27,0	-	27,0	-	5,4
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	336,0	-	336,0	-	7,0
11 - Gel. Vermögenseinkommen	716,6	645,6	42,9	28,0	175,6
12 + Empf. Vermögenseinkommen	784,3	369,3	19,8	395,2	107,9
13 = Primäreinkommen	2 653,1	188,6	282,1	2 182,5	- 317,5
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	381,1	78,2	-	302,9	10,4
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	391,0	-	391,0	-	0,4
16 - Gel. Sozialbeiträge	643,2	-	-	643,2	3,7
17 + Empf. Sozialbeiträge	644,0	121,9	521,4	0,8	2,8
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	548,9	60,8	487,4	0,8	0,4
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	542,0	-	-	542,0	7,4
20 - Gel. s. lauf. Transfers	305,2	157,6	73,6	74,0	50,6
21 + Empf. s. lauf. Transfers	269,9	145,0	20,1	104,9	85,9
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 621,7	158,9	653,5	1 809,3	- 286,1
23 - Konsumausgaben	2 291,4	-	614,8	1 676,7	-
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	- 48,5	-	48,5	-
25 = Sparen	330,3	110,5	38,8	181,1	- 286,1
26 - Gel. Vermögenstransfers	49,8	8,0	33,2	8,6	5,1
27 + Empf. Vermögenstransfers	46,1	22,6	12,3	11,3	8,7
28 - Bruttoinvestitionen	596,5	334,0	67,6	194,8	-
29 + Abschreibungen	552,2	317,2	68,5	166,5	-
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	- 2,4	- 1,2	- 1,2	- 0,0	2,4
31 = Finanzierungssaldo	284,8	109,3	20,0	155,5	- 284,8
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 621,7	158,9	653,5	1 809,3	- 286,1
33 + Saldo sozialer Sachtransfers	-	-	- 397,6	397,6	-
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	2 621,7	158,9	255,9	2 206,9	- 286,1

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes

Hauptaggregate der Sektoren

2017; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	2 909,2	1 961,8	309,2	638,2	-
2 - Abschreibungen	570,1	326,7	70,6	172,9	-
3 = Nettowertschöpfung	2 339,0	1 635,1	238,6	465,3	- 241,6
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	1 645,9	1 174,7	242,5	228,7	15,1
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	22,7	12,9	0,2	9,6	-
6 + Empf. s. Subventionen	25,6	24,0	0,2	1,5	-
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	696,1	471,4	- 3,8	228,5	- 256,7
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	1 649,0	-	-	1 649,0	12,0
9 - Gel. Subventionen	27,4	-	27,4	-	5,4
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	343,6	-	343,6	-	5,4
11 - Gel. Vermögenseinkommen	708,7	640,2	41,0	27,5	175,6
12 + Empf. Vermögenseinkommen	776,5	358,3	20,1	398,1	107,9
13 = Primäreinkommen	2 729,0	189,6	291,4	2 248,0	- 312,5
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	396,3	77,0	-	319,2	10,5
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	406,3	-	406,3	-	0,5
16 - Gel. Sozialbeiträge	676,7	-	-	676,7	3,7
17 + Empf. Sozialbeiträge	677,4	132,7	544,0	0,8	3,0
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	571,0	64,6	505,7	0,8	0,5
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	564,1	-	-	564,1	7,4
20 - Gel. s. lauf. Transfers	312,9	159,1	78,3	75,5	51,1
21 + Empf. s. lauf. Transfers	279,6	142,6	19,9	117,0	84,5
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 699,4	164,2	677,6	1 857,6	- 282,9
23 - Konsumausgaben	2 365,0	-	643,2	1 721,9	-
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	- 49,6	-	49,6	-
25 = Sparen	334,4	114,6	34,4	185,4	- 282,9
26 - Gel. Vermögenstransfers	48,3	8,0	32,2	8,1	5,1
27 + Empf. Vermögenstransfers	44,6	21,6	11,7	11,3	8,7
28 - Bruttoinvestitionen	621,6	347,5	70,1	204,1	-
29 + Abschreibungen	570,1	326,7	70,6	172,9	-
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	- 2,4	-	- 5,0	2,6	2,4
31 = Finanzierungssaldo	281,6	107,4	19,4	154,8	- 281,6
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 699,4	164,2	677,6	1 857,6	- 282,9
33 + Saldo sozialer Sachtransfers	-	-	- 418,8	418,8	-
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	2 699,4	164,2	258,8	2 276,4	- 282,9

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Hauptaggregate der Sektoren

2018; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	3 010,1	2 027,5	317,8	664,8	-
2 - Abschreibungen	590,5	337,5	72,9	180,1	-
3 = Nettowertschöpfung	2 419,5	1 690,0	244,9	484,7	- 243,6
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	1 703,5	1 216,9	249,3	237,3	16,0
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	23,5	13,4	0,2	9,9	-
6 + Empf. s. Subventionen	25,8	24,1	0,2	1,5	-
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	718,4	483,8	- 4,3	238,9	- 259,6
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	1 706,7	-	-	1 706,7	12,7
9 - Gel. Subventionen	27,6	-	27,6	-	5,4
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	352,4	-	352,4	-	5,4
11 - Gel. Vermögenseinkommen	700,9	633,3	40,1	27,5	175,6
12 + Empf. Vermögenseinkommen	768,7	346,7	20,3	401,7	107,9
13 = Primäreinkommen	2 817,6	197,3	300,6	2 319,8	- 314,6
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	416,8	78,6	-	338,2	10,6
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	426,9	-	426,9	-	0,5
16 - Gel. Sozialbeiträge	698,9	-	-	698,9	3,7
17 + Empf. Sozialbeiträge	699,4	134,9	563,8	0,8	3,1
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	585,1	63,2	521,1	0,8	0,5
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	578,0	-	-	578,0	7,5
20 - Gel. s. lauf. Transfers	318,5	160,7	80,8	77,0	51,6
21 + Empf. s. lauf. Transfers	283,6	139,2	20,1	124,3	86,6
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 786,3	168,9	709,4	1 908,0	- 283,3
23 - Konsumausgaben	2 435,1	-	666,3	1 768,8	-
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	- 50,9	-	50,9	-
25 = Sparen	351,2	117,9	43,1	190,1	- 283,3
26 - Gel. Vermögenstransfers	48,7	8,0	32,6	8,1	5,1
27 + Empf. Vermögenstransfers	45,0	22,0	11,7	11,3	8,7
28 - Bruttoinvestitionen	658,4	368,5	72,9	217,0	-
29 + Abschreibungen	590,5	337,5	72,9	180,1	-
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern	- 2,4	-	- 1,4	- 1,0	2,4
31 = Finanzierungssaldo	282,0	100,9	23,6	157,5	- 282,0
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2 786,3	168,9	709,4	1 908,0	- 283,3
33 + Saldo sozialer Sachtransfers	-	-	- 433,5	433,5	-
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	2 786,3	168,9	275,8	2 341,5	- 283,3

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2016 bis 2018

	2015	2016	2017	2018	2016		2017	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätige	0,9	1,2	1,0	0,8	1,3	1,2	1,0	0,9
Arbeitsvolumen	0,9	1,4	0,8	0,9	1,7	1,1	1,4	0,2
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	0,0	0,2	-0,2	0,1	0,5	-0,1	0,3	-0,7
Produktivität ⁴	0,8	0,5	0,6	0,6	0,6	0,4	0,2	1,0
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1,7	1,9	1,4	1,6	2,3	1,5	1,5	1,2

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 219,7	2 291,4	2 365,0	2 435,1	1 115,8	1 175,6	1 154,0	1 211,0
Private Haushalte ²	1 636,0	1 676,7	1 721,9	1 768,8	817,5	859,1	842,7	879,2
Staat	583,7	614,8	643,2	666,3	298,3	316,5	311,4	331,8
Anlageinvestitionen	603,8	628,9	653,0	690,2	302,9	326,0	313,0	339,9
Ausrüstungen	200,2	205,0	208,5	217,0	98,7	106,3	99,9	108,7
Bauten	295,0	310,8	326,8	351,0	149,1	161,6	155,7	171,1
Sonstige Anlageinvestitionen	108,6	113,2	117,7	122,2	55,1	58,1	57,5	60,2
Vorratsveränderung ³	-20,2	-32,4	-31,3	-31,8	-5,9	-26,6	-5,2	-26,1
Inländische Verwendung	2 803,3	2 887,9	2 986,7	3 093,5	1 412,9	1 475,0	1 461,8	1 524,9
Außenbeitrag	229,5	248,4	241,6	243,6	130,6	117,8	127,8	113,8
Nachrtl: in Relation zum BIP in %	7,6	7,9	7,5	7,3	8,5	7,4	8,0	6,9
Exporte	1 418,8	1 447,4	1 502,5	1 570,6	714,2	733,2	744,7	757,7
Importe	1 189,3	1 199,0	1 260,9	1 327,0	583,5	615,4	616,9	644,0
Bruttoinlandsprodukt	3 032,8	3 136,3	3 228,3	3 337,1	1 543,5	1 592,8	1 589,6	1 638,6

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	3,0	3,2	3,2	3,0	3,4	3,1	3,4	3,0
Private Haushalte ²	2,6	2,5	2,7	2,7	2,5	2,4	3,1	2,3
Staat	4,0	5,3	4,6	3,6	5,8	4,9	4,4	4,8
Anlageinvestitionen	3,2	4,2	3,8	5,7	5,2	3,2	3,3	4,3
Ausrüstungen	4,6	2,4	1,7	4,1	5,2	-0,1	1,2	2,2
Bauten	2,2	5,3	5,1	7,4	5,6	5,1	4,4	5,8
Sonstige Anlageinvestitionen	3,5	4,2	4,0	3,8	3,9	4,4	4,3	3,7
Inländische Verwendung	2,6	3,0	3,4	3,6	3,3	2,7	3,5	3,4
Exporte	6,3	2,0	3,8	4,5	1,9	2,1	4,3	3,3
Importe	3,9	0,8	5,2	5,2	0,2	1,4	5,7	4,6
Bruttoinlandsprodukt	3,7	3,4	2,9	3,4	3,9	2,9	3,0	2,9

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 069,8	2 115,9	2 147,8	2 174,6	1 038,5	1 077,4	1 054,9	1 092,9
Private Haushalte ²	1 540,1	1 566,4	1 583,3	1 597,7	767,2	799,2	776,7	806,6
Staat	529,6	549,2	563,9	576,0	271,1	278,1	277,9	286,0
Anlageinvestitionen	555,2	568,7	579,4	599,2	274,9	293,8	279,5	299,9
Ausrüstungen	194,7	197,6	199,5	205,9	94,7	102,9	95,2	104,4
Bauten	260,4	268,3	274,5	285,5	129,9	138,4	132,7	141,9
Sonstige Anlageinvestitionen	100,4	103,0	105,4	107,8	50,4	52,6	51,6	53,8
Inländische Verwendung	2 596,6	2 645,7	2 689,3	2 736,2	1 307,2	1 338,5	1 328,6	1 360,6
Exporte	1 353,0	1 394,0	1 436,8	1 495,1	689,7	704,3	713,2	723,6
Importe	1 157,1	1 194,3	1 242,6	1 303,8	585,2	609,1	608,9	633,6
Bruttoinlandsprodukt	2 791,1	2 844,2	2 883,7	2 929,1	1 410,8	1 433,4	1 432,4	1 451,3

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland
Vorausschätzung für die Jahre 2016 bis 2018

	2015	2016	2017	2018	2016		2017	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	2,2	2,2	1,5	1,2	2,6	1,9	1,6	1,4
Private Haushalte ²	2,0	1,7	1,1	0,9	2,1	1,4	1,2	0,9
Staat	2,7	3,7	2,7	2,2	4,1	3,3	2,5	2,8
Anlageinvestitionen	1,7	2,4	1,9	3,4	3,7	1,3	1,7	2,1
Ausrüstungen	3,7	1,5	1,0	3,2	4,2	- 0,9	0,5	1,4
Bauten	0,3	3,0	2,3	4,0	3,9	2,3	2,2	2,5
Sonstige Anlageinvestitionen	1,9	2,6	2,3	2,3	2,6	2,7	2,4	2,2
Inländische Verwendung	1,6	1,9	1,6	1,7	2,5	1,3	1,6	1,7
Exporte	5,2	3,0	3,1	4,1	3,2	2,8	3,4	2,7
Importe	5,5	3,2	4,0	4,9	3,8	2,7	4,0	4,0
Bruttoinlandsprodukt	1,7	1,9	1,4	1,6	2,3	1,5	1,5	1,2

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben ²	0,6	0,8	1,6	1,8	0,5	1,1	1,8	1,4
Konsumausgaben des Staates	1,3	1,6	1,9	1,4	1,6	1,6	1,8	2,0
Anlageinvestitionen	1,5	1,7	1,9	2,2	1,4	1,9	1,7	2,2
Ausrüstungen	0,9	0,9	0,8	0,8	1,0	0,8	0,7	0,8
Bauten	1,9	2,2	2,8	3,3	1,7	2,8	2,2	3,3
Exporte	1,1	- 1,0	0,7	0,5	- 1,2	- 0,7	0,8	0,6
Importe	- 1,4	- 2,3	1,1	0,3	- 3,5	- 1,2	1,6	0,6
Bruttoinlandsprodukt	2,0	1,5	1,5	1,8	1,6	1,4	1,4	1,6

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten HH ²	2 117,4	2 182,5	2 248,0	2 319,8	1 073,3	1 109,2	1 107,0	1 141,0
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	279,2	286,3	294,7	303,4	138,8	147,6	143,0	151,7
Bruttolöhne und -gehälter	1 260,6	1 308,3	1 354,3	1 403,3	624,4	683,8	648,7	705,6
Übrige Primäreinkommen ⁴	577,6	587,9	599,0	613,1	310,2	277,7	315,4	283,6
Primäreinkommen der übr. Sektoren	445,7	470,6	481,0	497,8	219,8	250,8	225,5	255,5
Nettonationaleink. (Primäreink.)	2 563,1	2 653,1	2 729,0	2 817,6	1 293,2	1 360,0	1 332,5	1 396,5
Abschreibungen	535,7	552,2	570,1	590,5	274,2	278,0	282,8	287,3
Bruttonationaleinkommen	3 098,8	3 205,3	3 299,1	3 408,1	1 567,4	1 638,0	1 615,3	1 683,9
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	2 263,2	2 344,2	2 412,8	2 492,9	1 141,2	1 203,0	1 177,7	1 235,1
Unternehmens- und Vermögenseink.	723,4	749,6	763,8	786,2	378,0	371,6	386,1	377,8
Arbeitnehmerentgelt	1 539,9	1 594,6	1 649,0	1 706,7	763,2	831,4	791,6	857,4

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten HH ²	3,2	3,1	3,0	3,2	3,3	2,9	3,1	2,9
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,5	2,5	2,9	2,9	2,6	2,5	3,0	2,8
Bruttolöhne und -gehälter	3,9	3,8	3,5	3,6	4,0	3,6	3,9	3,2
Bruttolöhne und -gehälter je Besch.	2,7	2,3	2,4	2,7	2,4	2,2	2,6	2,1
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,8	1,8	1,9	2,3	2,3	1,2	1,7	2,1
Primäreinkommen der übr. Sektoren	7,2	5,6	2,2	3,5	9,3	2,6	2,6	1,9
Nettonationaleink. (Primäreink.)	3,8	3,5	2,9	3,2	4,3	2,8	3,0	2,7
Abschreibungen	2,9	3,1	3,2	3,6	2,9	3,3	3,1	3,4
Bruttonationaleinkommen	3,7	3,4	2,9	3,3	4,0	2,9	3,1	2,8
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	3,8	3,6	2,9	3,3	4,3	2,9	3,2	2,7
Unternehmens- und Vermögenseink.	4,2	3,6	1,9	2,9	5,5	1,8	2,1	1,7
Arbeitnehmerentgelt	3,7	3,6	3,4	3,5	3,7	3,4	3,7	3,1

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland
 Vorausschätzung für die Jahre 2016 bis 2018

	2015	2016	2017	2018	2016		2017	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte ²

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	1 259,4	1 301,1	1 340,4	1 377,9	625,8	675,3	648,2	692,2
Nettolöhne und -gehälter	836,6	866,4	887,8	915,0	409,4	457,0	420,2	467,6
Monetäre Sozialleistungen	526,0	542,0	564,1	578,0	269,4	272,6	282,2	281,8
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	103,1	107,3	111,4	115,1	53,0	54,2	54,2	57,2
Übrige Primäreinkommen ⁴	577,6	587,9	599,0	613,1	310,2	277,7	315,4	283,6
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	- 73,9	- 79,7	- 81,8	- 82,9	- 39,4	- 40,3	- 39,0	- 42,8
Verfügbares Einkommen	1 763,1	1 809,3	1 857,6	1 908,0	896,6	912,7	924,6	933,1
Zunahme betriebl. Versorgungsanspr.	48,1	48,5	49,6	50,9	24,0	24,5	24,5	25,1
Konsumausgaben	1 636,0	1 676,7	1 721,9	1 768,8	817,5	859,1	842,7	879,2
Sparen	175,2	181,1	185,4	190,1	103,0	78,1	106,4	79,0
Sparquote (%) ⁶	9,7	9,7	9,7	9,7	11,2	8,3	11,2	8,2

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	3,7	3,3	3,0	2,8	3,3	3,3	3,6	2,5
Nettolöhne und -gehälter	3,6	3,6	2,5	3,1	4,0	3,2	2,6	2,3
Monetäre Sozialleistungen	3,8	3,0	4,1	2,5	2,4	3,7	4,7	3,4
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	4,0	4,0	3,9	3,3	3,2	4,8	2,2	5,5
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,8	1,8	1,9	2,3	2,3	1,2	1,7	2,1
Verfügbares Einkommen	3,1	2,6	2,7	2,7	2,7	2,6	3,1	2,2
Konsumausgaben	2,6	2,5	2,7	2,7	2,5	2,4	3,1	2,3
Sparen	6,1	3,4	2,4	2,6	3,3	3,4	3,3	1,1

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷

a) Mrd. EUR

Einnahmen								
Steuern	700,0	727,0	749,9	779,2	365,1	361,8	379,5	370,4
Nettosozialbeiträge	500,8	521,4	544,0	563,8	253,0	268,4	264,5	279,4
Vermögenseinkommen	21,4	19,8	20,1	20,3	10,9	8,9	11,2	8,9
Sonstige Transfers	21,5	20,1	19,9	20,1	8,6	11,5	8,3	11,6
Vermögenstransfers	12,2	12,3	11,7	11,7	6,1	6,1	5,0	6,7
Verkäufe	100,4	103,7	106,0	108,1	49,1	54,6	50,2	55,8
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 356,5	1 404,4	1 451,7	1 503,5	692,9	711,5	718,8	732,9
Ausgaben								
Vorleistungen ⁸	392,1	418,3	440,1	456,8	201,9	216,4	212,3	227,9
Arbeitnehmerentgelt	228,6	235,5	242,5	249,3	113,1	122,5	116,4	126,0
Vermögenseinkommen (Zinsen)	47,3	42,9	41,0	40,1	20,8	22,1	19,9	21,2
Subventionen	27,5	27,0	27,4	27,6	13,3	13,7	13,5	13,9
Monetäre Sozialleistungen	471,0	487,4	505,7	521,1	242,0	245,3	252,5	253,2
Sonstige laufende Transfers	75,2	73,6	78,3	80,8	39,1	34,5	42,8	35,5
Vermögenstransfers	29,7	33,2	32,2	32,6	15,8	17,5	14,1	18,1
Bruttoinvestitionen	64,3	67,6	70,1	72,9	28,9	38,7	29,9	40,2
Nettozugang an nichtprod. Vermö- gensgütern	- 1,8	- 1,2	- 5,0	- 1,4	- 0,5	- 0,7	- 4,3	- 0,7
Insgesamt	1 333,9	1 384,4	1 432,3	1 479,8	674,4	710,1	696,9	735,4
Finanzierungssaldo	22,6	20,0	19,4	23,6	18,5	1,4	21,8	- 2,5

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2016 bis 2018

	2015	2016	2017	2018	2016		2017	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Einnahmen								
Steuern	4,7	3,9	3,2	3,9	4,8	2,9	3,9	2,4
Nettosozialbeiträge	3,9	4,1	4,3	3,6	4,2	4,0	4,6	4,1
Vermögenseinkommen	-13,0	-7,8	1,5	1,1	-10,9	-3,7	2,6	0,1
Sonstige Transfers	13,0	-6,8	-0,8	1,0	-4,6	-8,3	-3,1	0,9
Vermögenstransfers	0,0	0,9	-4,7	0,4	18,3	-12,0	-18,9	9,4
Verkäufe	0,8	3,3	2,2	2,0	3,6	3,1	2,2	2,2
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	3,8	3,5	3,4	3,6	4,2	2,9	3,7	3,0
Ausgaben								
Vorleistungen ⁸	4,7	6,7	5,2	3,8	7,5	5,9	5,1	5,3
Arbeitnehmerentgelt	2,0	3,0	2,9	2,8	3,0	3,1	3,0	2,9
Vermögenseinkommen (Zinsen)	-9,1	-9,2	-4,5	-2,2	-13,8	-4,4	-4,7	-4,2
Subventionen	5,8	-1,7	1,5	0,7	-3,9	0,5	1,7	1,4
Monetäre Sozialleistungen	4,1	3,5	3,8	3,0	2,6	4,3	4,3	3,2
Sonstige laufende Transfers	4,1	-2,1	6,3	3,2	-5,1	1,6	9,2	3,0
Vermögenstransfers	-20,2	11,8	-3,1	1,3	24,8	2,1	-10,8	3,9
Bruttoinvestitionen	5,4	5,2	3,7	3,9	7,7	3,5	3,3	4,0
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	2,7	3,8	3,5	3,3	3,6	4,0	3,3	3,6

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes - ¹Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. - ²Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. - ³Einschließlich Nettozugang an Wertsachen. - ⁴Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen. - ⁵Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers. - ⁶Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche). - ⁷Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. - ⁸Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.